

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8900.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **510000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wiesbach wird die unklare Lage der Eisenmärkte auf die Ungewißheit über die Erneuerung des Stahlwerksverbandes zurückgeführt. Aber damit allein ist für die Unsicherheit der Marktlage noch keine ausreichende Begründung gegeben, denn die an sich gewiß bedeutende Frage einer Erneuerung oder Nichterneuerung des Syndikats kann keineswegs auch die Ursache der schwankenden oder gar schwachen Haltung der internationalen Eisenmärkte sein. Hier sprechen andere Faktoren mit. In allen Ländern mit großer Eisenindustrie bleiben die Absatzmöglichkeiten für die gesteigerte Produktion sehr erheblich hinter den Erwartungen zurück; Verhältnisse, die in den letzten Wochen immer drückender geworden sind. Wiederholt weisen wir auf die Vorgänge in den Vereinigten Staaten hin, wo bei der eingeschränkten Aufnahmefähigkeit der Innenmärkte die Versuche, den Export zu erweitern, mit aller Kraft betrieben werden. Jetzt hat die amerikanische Eisenindustrie für eine Reihe von Produkten Preisermäßigungen eintreten lassen, die man unter anderem damit erklären wollte, daß der Stahltrist angeht, der verschiedenen Luftpumpen- und der noch schwebenden Untersuchungen die Behauptung monopolartiger Herrschaft zu widerlegen beabsichtigt. Doch das scheint eine sehr gefühlsvolle Folgerung zu sein, denn seit langem ist die Situation der amerikanischen Eisen- und Metallindustrie sehr unerfreulich, viel näher liegt daher die Annahme, daß von Preisermäßigungen eine Belebung des Geschäftes erwartet wird. Zweifelloß würde ein Aufschwung der Wirtschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten die internationale Wirtschaftslage günstig beeinflussen, aber die Ausichten für eine derartige Entwicklung sind bisher mehr als bescheiden. Die schon erwähnten Luftpumpen nahmen den erwarteten Ausgang, das oberste amerikanische Gericht sprach in seinen Urteilen gegen den Petroleumtrust und den Tabaktrust aus, daß Kapitalvereinbarungen an sich nicht ungesetzlich sind, sondern allein „ungehörige“ Beschränkungen der Konkurrenz gegen das Gesetz verstoßen. Zwar wurden beide Trusts zur Auflösung verurteilt, aber diese Auflösung würde nur erfolgen, wenn sie nicht innerhalb sechs Monaten ihre Organisationen den Bestimmungen der Antitrustgesetze anpassen würden. In Wirklichkeit bleibt also alles unverändert. Skeptisch muß die Ankündigung aufgenommen werden, daß nun nach einer erneuten Sicherung der Grundlagen der Trusts die Unternehmungs-lust angefaßt werden wird.

Einen weiteren Rückgang haben die Exportpreise für englischen Stahl erfahren, die seit März dieses Jahres zu weichen begannen. Es stellen sich die Notierungen der Exportpreise für Halbstaahl seit Beginn dieses Jahres folgendermaßen:

	Stäbe Schilling	Knäppl Schilling	Plattinen Schilling
31. Dezember 1910 . . .	81 bis 82	83 bis 84	85 bis 86
28. Januar 1911 . . .	78 = 79	80 = 81	82 = 83
25. Februar 1911 . . .	80 = 81	82 = 83	85 = 86
4. März 1911 . . .	80 = 81	82 = 83	85 = 86
22. April 1911 . . .	80	82	85
20. Mai 1911 . . .	78 = 79	80 = 81	83 = 84
26. Mai 1911 . . .	76 = 77	78 = 79	81 = 83

Dieser rückgängigen Tendenz waren auch die belgischen Exportpreise unterworfen. Ueber die Exportpreise des Stahlwerksverbandes werden offizielle Angaben bekanntlich nicht gemacht, sie werden natürlich den Notierungen der anderen Exportländer folgen, wenn sie ihnen nicht voranziehen.

Auch in der amerikanischen Maschinenindustrie machen sich die Bestrebungen zur Stärkung des Exports nachhaltig geltend. Unter der Firma *United Machinery Company* schließen sich etwa 60 Maschinengesellschaften zusammen, um vornehmlich das Exportgeschäft in Maschinen und Werkzeug zu pflegen. Der Verwaltung gehört auch die *National City Bank* an, die bereits zwei Vertreter nach Europa entsandt hat, um Agenturen einzurichten und eine allgemeine Kampagne für amerikanische Maschinen einzuleiten. Der deutsche Werkzeugmaschinenbau, der Amerika sehr viel verdankt, amerikanische Beispiele und Anregungen geben die Grundlage zur Entlohnung des deutschen Werkzeugmaschinenbaues, führt gegen die amerikanischen Werkzeugmaschinen eine heftige Konkurrenz. In den letzten Jahren besetzte sich die Stellung des deutschen Werkzeugmaschinenbaues sehr erheblich, obwohl die Amerikaner es an Mühen nicht fehlen ließen, ihren Absatz nach Europa zu behaupten und womöglich zu steigern. Es veranschaulicht sich in den Kriegsjahren 1908/09 bei der abnehmenden Nachfrage der Weltbewerber, die Ausfuhr der deutschen Werkzeugmaschinenfabriken ging dabei zurück. Doch im Jahre 1910 stieg sie von neuem, sie betrug der Menge nach 59 000 Tonnen gegen 48 000 Tonnen im Vorjahr. Die Gesamtzufuhr an Werkzeugmaschinen in Deutschland im Jahre 1910 betrug etwa rund 6000 Tonnen, davon entfiel der größere Teil mit 3500 Tonnen auf Amerika. Mit dem jetzt erfolgten Zusammenschluß der amerikanischen Werkzeugmaschinenfabriken wird voraussichtlich die Konkurrenz um die europäischen Märkte mit erhöhter Energie geführt werden.

Zu einem vollen Erfolg haben auch die Syndikationsverhandlungen in der Eisenindustrie des wirtschaftlich aufsteigenden Italiens geführt. Der

Stahlwerksverband, zu dem sich die großen Werke zusammenschlossen, ist zu einem allgemeinen Stahl- und Eisensyndikat erweitert worden, das auch alle mittleren und kleineren Werke des Landes umfaßt. Es wird, wie die Frankfurter Zeitung in Nr. 149 vom 30. Mai berichtet, die Erzeugung von Fertigmaterial mit Ausnahme von Blechen kontingentiert werden und man wird, um die Uebererzeugung einzuschränken, eine Reihe von Werken auf fünf Jahre stilllegen. Eine beträchtliche Preissteigerung von 1 bis 2 Fr. auf den Doppelzentner soll zunächst für Stabeisen, das so viel unter Auslandsparität notiert, und später auch für andere Produkte durchgeführt werden. Man will sich deshalb mit den ausländischen Verbänden, dem Deutschen Stahlwerksverband, den Comptoirs von Paris und Brüssel sowie der Oesterreichischen Alpen Montangesellschaft verständigen.

Eine stürmische Preissteigerung entwickelt sich wiederum für Zinn. Am 1. Juni erreichte Zinn den höchsten Preisstand seit 50 Jahren. Es stellte sich per Kasse auf 216 Pfund Sterling für die Tonne (1 Pfund gleich 20,40 M.). Diese Notierung war noch um 1 Pfund höher als der Preis in der Gasse von 1906/07. Der Preis für Dreimonatslieferung betrug 193 Pfund. Nach der wenig einwandfreien Statistik über die Zinndorräte sind die Bestände geringer als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Doch damit ist die Preissteigerung nicht zu begründen, es handelt sich auch diesmal um Ausschreitungen der Spekulation. — Auch der Zinnspreis ist gestiegen, doch keineswegs in einem ähnlichen Umfang. Ist die Preisbesserung für Zinn zu einem Teil auf die Politik des Syndikats zurückzuführen, so ist doch nicht zu verkennen, daß auch die Nachfrage eine sehr rege geblieben ist. Die oberösterreichischen *Hohenlohe*-Werke, die eine Dividende von 11 Prozent gegen 9 Prozent für das Vorjahr verließen, bemerkten in ihrem Geschäftsbericht, daß im Herbst eine erhebliche Besserung des Absatzes für Zinn eintrat und am Schluß des Jahres 1910 die Nachfrage so lebhaft war, daß nicht nur die volle Produktion, sondern auch die Bestände der Mitglieder des Zinshüttenverbandes abgesetzt werden konnten. Der Zinblechmarkt nahm eine ähnliche Entwicklung wie der Rohzinnmarkt, die Preise für Zinblech konnten infolge der außerordentlich starken Nachfrage mehrfach erhöht werden. Für Blei lag der Markt auch im Berichtsjahr schwach.

Mit einer Dividende von wieder 33 1/2 Prozent wartet die *Fischerhütte* auf. Der Rohüberschuß betrug 6,70 Millionen Mark gegen 5,74 Millionen Mark im Vorjahr. Das *Wetter* *Werk*, das sich bekanntlich im Besitz der *Wetterhütte* befindet, weist einen Rohüberschuß von 805 321 M. gegen 1,05 Mill. Mark im Vorjahr aus. Eine Ermäßigung der Dividende von 14 Prozent auf 10 Prozent erfolgt bei der *Altiengesellschaft Julius Pintsch* in Berlin, der Reingewinn beträgt nach Abschreibungen von 1,36 Millionen Mark (im Vorjahr 1,44 Millionen Mark) 1,77 Millionen Mark gegen 3,22 Millionen im Vorjahr. Um die Dividende von 10 Prozent zu zahlen, werden die Aktien, denen im Vorjahr 300 000 M. zugewiesen wurden, und die Unterstützungsfonds, die im Vorjahr eine Zuzahlung von 200 000 M. erhielten, diesmal nicht dotiert. Vornehmlich wird der Rückgang auf die Durchbrechung des Monopols zurückgeführt, das die *Pintsch-Gesellschaft* auf dem Gebiet der Eisenbahnwagenbeleuchtung besaß. Ungünstig gestalteten sich auch die Resultate in der Gasabteilung, die Gasbranche lag, wie wir in der vorigen Rundschau anlässlich des Geschäftsberichtes der *Berlin-Anhaltischen Maschinenbaugesellschaft* eingehender ausführten, gedrückt. Durch Aufnahme neuer Aktien verjagte die *Pintsch-Gesellschaft* einen Ausgleich zu schaffen, die neuen Fabrikationszweige haben noch keine Erträge abgeworfen. Ungünstig waren ferner die Ergebnisse der *Glühlampenfabriken* der *Gesellschaft* in Frankreich und England. Ueber die Ausschüßten bemerkt die Verwaltung: „Der Bestand an Aufträgen erwies sich in den bisher abgelaufenen Monaten des neuen Geschäftsjahres als befriedigend und übersteigt die entsprechende Ziffer des Vorjahres. Demgemäß sind wir zurzeit gut beschäftigt.“ — Für das Jahr 1910 wird die *Altiengesellschaft* für Verzinkerei und Eisenkonstruktion, vormals *Jacob Hillgers, Rheinbrühl & Co.*, wie seit Jahren, eine Dividende von 12 Prozent zahlen. Die zu Beginn dieses Jahres beschlossene Fusion mit der *Altiengesellschaft* für Brückenbau in *Reutov* wird erst im laufenden Jahre bei der *Gesellschaft* in Erscheinung treten. Produziert wurden im Jahre 1910: 7,82 Millionen Kilogramm (im Vorjahr 7,27 Millionen Kilogramm) mit einem Erlös von 2,34 Millionen Mark (im Vorjahr 2,30 Millionen). Die Durchschnittszahl der beschäftigten Arbeiter betrug 350 gegen 340 im Vorjahr.

In Vorbereitung ist eine bedeutende Fusion, und zwar der *Wittener Stahlröhrenwerke* mit dem *Eisen- und Metallwerk G. Schich* in Dortmund. Das Aktienkapital von *Schich* beträgt 16,8 Millionen Mark, das Grundkapital der *Wittener Stahlröhrenwerke* 3,6 Millionen Mark. — Ferner wird ein Fusionsvertrag zwischen den *Vielefelder Press- und Ziehwerken* in *Brackwe* und dem *Eisenwerk Dahlhausen* abgeschlossen, wonach das gesamte Vermögen des *Vielefelder Unternehmens* auf das *Eisenwerk Dahlhausen* übergeht. — Durch Interessengemeinschaft wird eine Verbindung zwischen der *Firma Thyssen* in *Mülheim a. Ruhr* und dem *Preß- und Walzwerk* in *Düsseldorf-Reichholz* herbeigeführt. — Eine Fusion erfolgt auch bei der Gründung der *A.-G. Ruhrwerke, Motoren- und Dampfmaschinenfabrik, Altiengesellschaft* in *Duisburg*, die die *Motorenabteilung* der *Rhynhäuserhütte* und der *Firma Wiedenfeld & Co.* in *Duisburg* übernimmt.

Sozialpolitischer Dilettantismus.

Bs. Wir haben vor einiger Zeit (Nr. 17) die Schrift eines *Nachener Zentrumsmannes* und *Fabrikanten*, des *Herrn Albert Kern*, besprochen, worin dieser Mann ganz nach scharfmacherischem Muster Klage über die zu hohe Belastung der Industrie durch die soziale Gesetzgebung und worin er die Erwartung ausspricht, daß seine Partei, also das Zentrum, 1. mehr Industrielle in ihre Fraktionen aufnehme, die dort die Interessen der Industrie wahrnehmen sollen, 2. nach der bisherigen Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen in Zukunft mehr der Industrie ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Wir schlossen unsere Ausführungen mit der Bemerkung, daß es kein Zufall sei, wenn eine derartige Schrift gerade in der jetzigen Zeit erscheine: „Sie paßt in den sozialpolitischen Kurs des Zentrums, sie paßt in eine Zeit, wo das Zentrum sich offensichtlich um die Gunst des Unternehmertums bewirbt, weil es mit dessen Hilfe in Rheinland-Westfalen bei den nächsten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie sich vom Leibe zu halten sucht. Insofern ist die Schrift aus dem *Nachener Zentrum* ein Zeichen der Zeit. Sie ist aber auch ein wichtiges Agitationsmittel, das uns bei der Aufklärung im Kampfe gegen die schwarzgelbe Gewerkschaftsbewegung, dieser Schutztruppe des Zentrums, wichtige Dienste leisten kann.“

Es hätte vielleicht manchem als verfehlt erscheinen können, für die Schrift eines einzelnen Parteimannes die ganze Partei mitverantwortlich zu machen. Aber wir glaubten dazu zunächst deshalb berechtigt zu sein, weil die Schrift erschienen war in einem Verlage, der gerühmt ist, nichts passieren zu lassen, was sich mit der Zentrumspolitik in merklichen Widerspruch setzt, im Verlage nämlich von *J. P. Bachem*, wo auch die *Kölnische Volkszeitung* erscheint. Dann aber war aus den Reihen des Zentrums nicht der mindeste Protest gegen die Ausführungen der *Kernschen Schrift* laut geworden; ein großer Teil der Zentrumsbüchlein hatte die Schrift besprochen; referierend, nicht gerade zustimmend, aber auch nicht ablehnend. Und dabei ist es geblieben. Man denke: das Zentrum hat bisher sich immer als den Hort und die Hilfe der Schwachen, der Armen, der Arbeiter angepriesen; es hat bei jeder Gelegenheit verkündet, daß durch sein Eingreifen die Sozialpolitik erst in Schwung gebracht und daß alles, was erreicht worden ist, nur durch seine Mitwirkung, durch sein stetes Vorwärtstreiben erreicht wurde; und weiter wurde erklärt, daß es immer so bleiben, daß das Zentrum immer an der Spitze der sozialpolitisch tätigen Parteien marschieren werde. „Das Zentrum wird sozial sein, oder es wird nicht sein!“ — verkündete vor einigen Jahren *Herr Karl Trimborn*, eine der am hellsten flackernden sozialpolitischen Leuchten des Zentrums. Und jetzt kommt ein Mann, der als Zentrumsanhänger und Industrieller den Nachweis erbringt, daß Deutschlands Wirtschaftsleben durch die Sozialpolitik übermäßig belastet und daß es daher an der Zeit sei, mit der Sozialreform Halt zu machen, welche Mahnung und mit besonderem Nachdruck an seine eigene Partei richtet. Und im Zentrum, dessen sozialpolitischen Eifer die *Trimborn* und Genossen uns so laut priesen, magt sich keine Stimme, die diese Zumutung abwehrt. Haben wir da nicht recht, die Partei mitverantwortlich zu machen, bei ihr die Zustimmung vorauszusetzen für dasjenige, was *Herr Kern* in scharfmacherischer Besinnung in Zukunft von seiner Partei verlangt?

Nur ein Blatt im Zentrumslager ist uns aufgefallen, das sich auflehnt wider die Ausführungen des ultramontanen Industriellen aus *Nachen*. Es ist das Organ der *Windthorstbünde*, das in seiner Nummer 35 eine schon früher gebrachte Kritik noch einmal in folgenden Sätzen zusammenfaßt: „Wir verneinen mit guten Gründen das Übermaß der sozialen Belastung; wir verneinen ebenso die Gefährdung der Erhaltung der Exportfähigkeit. Dagegen sind wir einig mit der *Kernschen Forderung* nach einer stärkeren parlamentarischen Vertretung der Industrie. Das kann uns aber nicht hindern, ebenso energisch zu bekämpfen, daß die Interessen der Industrie seither besonders beim Zentrum nicht eine wohl verständige Würdigung und Förderung gefunden hätten. An Tatsachen darf auch hier nicht gerüttelt werden. Dabei sei eins besonders unterstrichen: wir erblicken in der Forderung nach einer stärkeren parlamentarischen Vertretung der Industrie ein Mittel, zwei Gesellschaftsklassen einander näherzubringen, die sich zu sehr entfremdet sind und die sich oft genug zu wenig verstehen. Schuld daran trägt die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie; Schuld daran trifft die mangelnde Aufklärung in Arbeiterkreisen. Von unendlicher Bedeutung ist daher die neue Marschroute der christlichen Gewerkschaften, die durch unablässige Aufklärungsarbeit die einzelnen Stände einander näherbringen will. Die Industrie muß sich über die elementarsten Grundbegriffe unseres Wirtschaftslebens vielfach noch klar werden. Sie muß sich vor allem darüber klar werden, welche große Gefahr für sie selbst die Tätigkeit des *Herrn Alexander Tille* und seiner Gesinnungsfreunde für sie birgt. Will man nach Gründen suchen, so frage man auch beim eigenen Gewissen an! Man schaue sich im eigenen Lager um. Das ist für das Gesamtresultat viel wichtiger als sozialpolitischer Dilettantismus, der immer gefährlich ist.“

Man muß wissen, daß die *Windthorstbünde* im Zentrum so ähnliches bedeuten, wie die *Jungliberalen* im nationalliberalen Lager. Es ist der junge, meist akademische Nachwuchs, der naturgemäß etwas freier denkt und rascher fortzuschreiten geneigt ist, als das Meist von älteren Leuten geführte Parteigange. Deshalb kann diese Ausnahme nicht wundern, sie ist insofern ohne Bedeutung, weil wie bei den Nationalliberalen so auch bei den Ultramontanen die Politik nicht von der *Handvoll Junger*, sondern von den Alten gemacht wird, die den Daumen auf den Parteibeutel halten und den Seitenfrüngen der Jungen zur rechten Zeit darüber zu begegnen wissen, daß sie besagten Beutel zumachen. Deshalb braucht man die Rundgebung der *Windthorstbündler* gegen die Scharfmacherei des *Nachener Zentrumsmannes* nicht allzu ernst zu nehmen. Nur einige Sätze

verdienen eine kurze Ermiderung. Das Windthorstbundesblatt behauptet, daß die zwei Gesellschaftsklassen der Unternehmer und der Arbeiter einander zu sehr entfremdet sind und sich zu wenig verstehen; schuld sei daran die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie und die mangelnde Aufklärung in Unternehmertreuen. Wie sorgsam die Worte abgemessen sind! Auf der Seite der Arbeiter die bewußte Verheerung, bei den Unternehmern nur Mangel an Aufklärung! Die Arbeiter die Sozialdemokraten, die Unternehmer die Freuden! Die alte Mär: Schuld an den Klassengegensätzen, die Urheber des Klassenkampfes sind die Sozialdemokraten; wenn diese nicht wären, würde sich alles in gelinderem Geleise vollziehen, was jetzt die rauen und grausamen Formen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes annimmt! Wenn das nicht „sozialpolitischer Dilettantismus“ ist, dann wissen wir nicht, was als solcher bezeichnet zu werden verdient.

Und die „christlichen“ Gewerkschaften mit ihrer „neuen Marschroute“ sollen berufen sein, „durch unablässige Aufklärungsarbeit die einzelnen Stände einander näherzuführen“. Es gab eine Zeit, da galten in Unternehmertreuen die „christlichen“ Gewerkschaften für schlimmer als die Sozialdemokraten. Das war in den Tagen, da den „Christlichen“ die „neue Marschroute“, das heißt der geflüsterte Streikbruch und Arbeitererrat, von ihren weltlichen und geistlichen Führern und ihren Vormündern noch nicht zur Pflicht gemacht worden war. Seitdem sie die „neue Marschroute“ eingeschlagen haben, sind sie lieb Kind bei allen, denen die Arbeiterzerpflüchterung von Nutzen ist: bei der reaktionären Regierung, bei staatsfeindlichen Junkern und scharfmacherischen Industriellen. In dieser Hinsicht haben die „christlichen“ Gewerkschaften ihrer Aufgabe genügt, Arbeiter und Unternehmer einander näherzuführen, aber nur die Arbeiter, die so dumm sind, sich von den christlichgewerkschaftlichen Handlangern nachführen zu lassen. Neben dem Häufchen dieser Armeen an Geist wie an Willen sind zwei Millionenheer bereit, die am Klassenkampf festhalten und die sich in ihrer Klassenkampfseignung um so mehr gestärkt fühlen, je mehr die andere Seite der Arbeiterbewegung sich in Liebedienerei gegenüber dem Unternehmertum und in Verräterei an der eigenen Klasse entwürdigt. Und wer da glaubt, daß sich die deutsche Arbeiterbevölkerung von diesem Wege abbringen und für die „neue Marschroute“ der Christlichen gewinnen ließe, der befindet sich in einer Geistesverfassung, die mit dem Wort „sozialpolitischer Dilettantismus“ noch zu zart ausgedrückt ist.

Monopolbestrebungen in der deutschen Elektrizitätsindustrie.

In der deutschen Elektrizitätsindustrie spielen sich zurzeit Dinge ab, die weit über deren eigenen Rahmen hinaus Bedeutung und Interesse verursachen, handelt es sich doch um Erscheinungen, die dem modernen kapitalistischen System eigen sind und gerade hier in voller Wirkung sich zeigen. Die Erzeugnisse der deutschen Elektrizitätsindustrie genießen in aller Welt einen wohlverdienten Ruf. Dieser Umstand hat vornehmlich dazu beigetragen, den führenden Firmen eine Machtposition zu verschaffen, die als eine öffentliche Gefahr bezeichnet werden muß.

Die großen Gesellschaften haben ihre Tätigkeit nicht etwa auf ein einziges Gebiet beschränkt, sondern sie haben ihre Fabrikation auf alle Gebiete der praktischen Elektrotechnik ausgedehnt und darüber hinaus pflegen sie den Bau geeigneter Kraftmaschinen für die Erzeugung der Elektrizität. Sie fertigen nicht nur Maschinen und Apparate, sondern auch Installationsmaterialien, Leuchtkörper etc. Um ihren Machtbereich noch zu vergrößern, schließen sich große Firmen zusammen. Sie besitzent dazu mehr und mehr die Stromerzeugung, um desto ungünstiger die Preise diktieren zu können. Sie gründen eigene Finanzierungsanstalten, mit deren Hilfe sie Ueberlandzentralen errichten, in deren ihre Fabrikate Verwendung finden und aus den Erträgen der Werke selbst ziehen sie reichen Profit. Die großen Unternehmungen schließen untereinander geheime Abmachungen, die sie befähigen, bei Submissionen die kleineren Unternehmungen auszuscheiden und das niedrige Angebot zu machen, das ihnen bei Ausschlag sichert, ohne daß die Gesellschaften einen tatsächlichen Schaden von dem niedrigeren Angebot haben.

Die Konzentrationsbestrebungen, wie sie sich in der deutschen Elektrizitätsindustrie offenbart, ist eine ganz selbstverständliche Erscheinung unserer kapitalistischen Wirtschaftsvorbereitung. Die rasige Entwicklung ist zwar von anderen Interessenten nicht gerade mit Freude verfolgt worden und es hat auch nicht an Kampfaberren gefehlt, aber einen ernsthaften Schritt wagte man gegen die Gewaltigen nicht, die bis in die allerhöchsten Stellen hinauf werbliche Verbindungen unterhalten und sogar einen einflussreichen Minister und Duzfreund des deutschen Kaisers zum werbenden Mitglied zählen können.

Eine Frage nun, die sowohl unter den kleineren und mittleren Unternehmern der Elektrizitätsindustrie als auch unter den größeren elektrotechnischen Spezialfabriken Aufregung verursacht hat und die auch ein öffentlich-rechtliches Interesse hat, ist das sogenannte Installations- und das Materialmonopol. Beide Fragen haben deshalb Aufbruch auf öffentliches Interesse, weil durch sie die Monopolisierung durch die Privatindustrie in ihrer ganzen Tragweite offen vor uns tritt.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin, die wichtigste deutsche Gesellschaft, hat mit der vollständigen Vergewaltigung des Gesamtgebietes einen Vertrag abgeschlossen, der die gesamte Kraft der Verbringung weite Gebietskreise mit elektrischer Kraft zur Verfügung stellt. Die Abgabe der Rollen und der Hochspannung werden zum Vorteil der Dynamomagneten verwendet, wodurch sehr billiges Betriebsmaterial geliefert ist. Die A. E. G. gründete nun in Saarbrücken eine Stromerzeugungs-Gesellschaft und legt in einem Umkreis von etwa 100 Kilometer die Kabel legen. Dadurch werden zahlreiche Gemeinden in das Netz eingeschlossen. Unter solchen Umständen lassen sich massenhafte technische Fortschritte nicht abwarten. Aber die Sache hat ihre Reize. Die Gemeinden können zu der A. E. G. in ein Abhängigkeitsverhältnis, das trotz aller schönen Worte und Erklärungen nicht ausbleibt. Die Vergewaltigung und auch die Gesellschaft beschern mit Rücksicht, daß kein Installationsmonopol besteht und daß sie den freien Wettbewerb bei Anschaffung von Anlagen nicht ausschließen. Sie will nur „technisch einwandfreie Installationen“ zulassen, aber welche Firmen technisch einwandfrei installieren, bestimmt natürlich die A. E. G. Siege eine reinlich einwandfreie Ausführung der Anlagen zu erlangen, ist natürlich nicht ausgeschlossen, aber ohne genügende Garantie vor dem Druck der unternehmenden Gesellschaft können die kleineren und mittleren Unternehmer allzuleicht in die Abhängigkeit fallen, daß sie etwa noch mit den Spezialisten der A. E. G. in Konkurrenz stehen. Wichtig jedoch für die Allgemeinheit ist die Frage des Strompreises, der im Gegensatz der Sicherheit vor der Konkurrenz einseitig nach dem Willen der Gesellschaft diktiert werden kann.

In Herzogenrath hat die A. E. G. einen Vertrag abgeschlossen, nach dem nur ihr das Recht zusteht, Leitungen auf den Strecken zu verlegen. Das heißt ihr in gleicher Weise ein

Monopol über die Stromlieferung. Zahlreiche Stadtverwaltungen haben beratige Monopolbestrebungen ebenfalls erheblich unterstützt. Solche Verträge schloß sich gewöhnlich auf das Wegerecht und sie sind dem Vernehmen nach von zahlreichen Behörden und Regierungspräsidenten ohne besondere Bedenken genehmigt worden. In einer Zuschrift an die Frankfurter Zeitung wird von sachkundiger Seite folgende Behauptung aufgestellt: „Trägt man die jetzt bereits erteilten Konzessionen auf einer Karte ab, so findet man, daß fast in halb Deutschland bereits Konzessionen und Wegerechte verliehen sind, und bei der gegenwärtig stürmisch vorwärtsdrängenden Aktion der Großfirmen ist kein Zweifel darüber, daß im nächsten Jahre ganz Deutschland an zwei oder drei Großkonzernen ausgeliefert ist.“ Set es auch nur halb so schlimm, so genügt es, um für die Allgemeinheit einen großen Schaden zu bedeuten, welche Kreise unseres Erwerbs- und Volkslebens einigen Großunternehmern einfach rücksichtslos auszuliefern. Hier ist die Neuordnung des Wegerechts von der allergrößten Wichtigkeit und muß bei der Beratung eines Wegegesetzes für Starckstromanlagen im deutschen Reichstag die verbundene Berücksichtigung finden. Aber auch ein Stück unserer heutigen Verwaltungsburaukratie wird dabei grell beleuchtet. Würden in den zuständigen Behörden Leute sitzen, die sowohl als unabhängige, Techniker oder erfahrene Volkswirtschaftler von solchen Dingen eine Ahnung hätten, oder würde die Macht eines Regierungspräsidenten und ähnlicher Leute durch ein parlamentarisches System korrigiert, dann wären solche ungeheure und offenkundige Schädigungen der Allgemeinheit zugunsten weniger Großfirmen nicht zu befürchten. Aber das ist ja in Deutschland herrschendes System: warum sollen denn die großen, mächtigen und einflußreichen Unternehmer der Elektrizitätsindustrie schlechter gestellt sein als ihre Kollegen unter den Porzellanfabrikanten oder wie die einflußreichen ostelbischen Krautjunker?

Aus Gründen der Betriebssicherheit wird den zahlreichen Gemeinden und Provinzen klargemacht, es empfehle sich die Zulassung nur einer beschränkten Zahl von installierenden Firmen. Unter diesen aber befinden sich stets eine oder mehrere Großfirmen. Bei Anlagen, die auf eigene Rechnung der Gesellschaft errichtet und unterhalten werden, sind nicht selten andere Unternehmer bei den Hausinstallations ganz ausgeschlossen. In anderen Fällen wieder macht man den unternehmenden Behörden den materiellen Vorteil begreiflich, der einem Vorbehalt des Installationsmonopols entspringt, oder die Gemeinden werden zu größeren Abschüssen auf Motoren und Installationsmaterial überredet, zu deren Annahme vom Werke sie den einzelnen Unternehmer dann zwingen können. Dadurch erziele, so heißt es, dem gemeindlichen Werke ein Zwischengewinn.

Nicht immer aber treten die Monopolgefühle in so verdeckter Form, wie beim letzten Beispiel, hervor. Die unternehmenden Gesellschaften lassen nur solche Installateure zu, die das Installationsmaterial von der unternehmenden Firma selbst beziehen. Die Siemens-Schubert-Werke haben solche Materialmonopole bei den Ueberlandzentralen Ansbach in Bayern, Rastow in Pommern, Straßburg-Pranßgrün; die Bergmann-Elektrizitätswerke in Stodtnühle in Westpreußen und in Gaidhof in Bayern; die A. E. G. bis vor kurzem durch Lokstrassegesellschaften in Neusalza, Gröden und Neichenau.

So vertragsmäßig konstituierte oder offene Installations- und Materialmonopole nicht möglich sind, wird auch noch mit anderen Hilfsmitteln der beschriebene Zweck erreicht. Die errichteten Hausanlagen unterliegen einer besonderen Prüfung. Die von der Betriebsunternehmerin selbst errichteten Anlagen unterliegen dann in den meisten Fällen dieser Kontrolle und Prüfung nicht oder es finden die sonst üblichen Prüfungsgebühren auf sie keine Anwendung. Die fremden Installateure dagegen haben hohe Prüfungsgebühren zu bezahlen, oft bis zu 5 Prozent der Anlagekosten. Um diese nicht selten beträchtliche Summe sind die fremden Unternehmer dann allein schon schlechter gestellt. Dann aber erfolgt die Prüfung in den überaus meisten Fällen nicht vor einer unabhängigen Prüfungsinstanz, sondern vor den unternehmenden Gesellschaften selbst. Das erscheint in hohem Grade geeignet, solche Firmen, die den Zumutungen und Annahmen der Unternehmerin nicht in der gebührenden Art entsprechen, zu schämeieren, und es sind solche Schikanen tatsächlich auch gar nicht selten.

Die Einwände, daß zum geschlossenen Betrieb eines Elektrizitätswerkes ein einseitiges Installations- oder einseitiges Materialmonopol für das ganze Netz verwandt werden müßten, sind vollständig hinfällig. Erzeugung, Fortleitung und Verbrauch des elektrischen Stromes sind solchen Beschränkungen unterworfen, die es ausgeschlossen erscheinen lassen, daß durch verschiedene Systeme von Installierungen sich Störungen im Betrieb bemerkbar machen. Ueberdies gibt es ja auch unabhängige Spezialfabriken, die durchgängig erprobte Waren nach den neuesten Erfahrungen in den verschiedensten Ausführungen produzieren und die zum Teil selbst Lieferanten der großen Konzerne sind. Diese Spezialfabriken der Elektrizitätsindustrie sind es denn auch, die sich besonders scharf gegen die Monopolbestrebungen der großen Gesellschaften wenden. Der Kampf, der sich gegenwärtig in der deutschen Elektrizitätsindustrie abspielt, ist nicht etwa ein Kampf technisch fortgeschrittener Betriebe gegen technisch zurückgebliebene — es kann von den Spezialfabriken nicht behauptet werden, daß sie technisch rückständig sind —, sondern es ist eben ein Kampf der kapitalkräftigen Großen gegen die Kleinen. Eine ganz natürliche Folge unseres heutigen privatkapitalistischen Systems.

Diese Fragen haben auch bei den deutschen Reichstag beschäftigt. Zu der Sitzung vom 16. März dieses Jahres hat der freisinnige Abgeordnete Dejer unter Zustimmung aller Parteien auf die vorstehend geschilderten Zustände hingewiesen. Er bezeichnete das Vorhaben der großen Konzerne als eine Veräuflichung der durch die Reichsgewerbeordnung gewährtesten Gewerbefreiheit, der gegenüber Regierung und Gesetzgebung einzuschreiten haben. Der Staatssekretär Dr. Dehnbach hielt bei dieser Gelegenheit auch eine bedeutungsvolle Rede. Die Reden deutscher Staatsminister sind ja meistens dadurch gekennzeichnet, daß sie einen weisheitsvollen und unerschütterlichen, aber wenn es sich um Arbeiterfragen handelt, einen rücksichtslosen, realistischen Standpunkt vertreten. Unbefohlen waren auch die Ausführungen des Ministers Dr. Dehnbach am 16. März. Er bezeichnete sich wieder bei dieser Gelegenheit als einen Anhänger der Reichsgewerbeordnung, die durch den Kampf, der sich zwischen den Großen und den Kleinen abspielt, in Gefahr verfallen könne, Privatverträge abzuschließen, die es für eine Monopolisierung eines einzelnen Unternehmers begünstigen. Mit geschickten Eingriffen nach dieser Richtung hin könne nicht vorgegangen werden, die einzige gesetzgeberische Möglichkeit sei in einem Wegegesetz für Starckstromanlagen zu suchen. Die Rede des Staatssekretärs war im übrigen nur ein Schmelz von Worten und Versprechungen, mit denen er sich um den eigentlichen Kern der Sache herumdrückte. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Jund war im Gegensatz zu Dr. Dehnbach der Meinung, daß man mit den bestehenden gesetzlichen Mitteln solchen monopolistischen Uebergriffen wohl entgegenzutreten könne. Statt diese fröhliche Frage aber im Reichstag selbst zu behandeln, glaubte der Staatssekretär, empfehlen zu müssen, sie durch das Reichsgericht entscheiden zu lassen. Der kind die Zeit empfanden, einen solchen zweifelhafteu Strich zu

wagen? Der Vortrag des Staatssekretärs ist gewiß ein ganz bequemer Weg, der ihn auch vor dem Verdacht schützt, den großen Unternehmungen Ungerechtigkeiten zu bereiten.

Die Veranlassung zu den Parlamentsdebatten gaben einige Petitionen der verschiedensten durch die Monopolbestrebungen benachteiligten Unternehmer und deren Verbände. Die Debatten im Reichstag lösten verächtliche Preßäußerungen aus, zu denen selbstverständlich auch die A. E. G. sich äußerte. In der diplomatischen Form, die den Erklärungen dieser Firma eigen ist, beteuert sie hoch und feierlich ihre Unschuld. Dabei stellte sie sich auch so, als ob die Leute, die da redeten und schrieben, nichts oder nicht viel von der Sache verstehen würden. Die elektrotechnischen Spezialfabriken und Installateurvereinigungen wiederum wendeten sich gegen die Konzerne und deren Praktiken. So geht der Streit lustig weiter, an dem wir indessen kein besonderes Interesse haben.

Was an der ganzen Sache allgemein interessiert und wichtig ist, das ist die grundsätzliche Seite der Frage. Die Konzentrationsbestrebungen in der Elektrizitätsindustrie ist eine ganz selbstverständliche Folge der privatkapitalistischen Entwicklung. Wenn sich gleichzeitig eine Vertiefung vorbereitet, so wird auch diese nicht mit schönen Reden und Beschwörungen zum Schutze des Kleinvermögens aufzuhalten sein. Die Sozialdemokratie hat schon früh diese Entwicklung erkannt und darauf hingewiesen. Sie hat auch die Unzulänglichkeit der handwerklerischen Maßnahmen kritisiert und sie verlangt die Vergeßenschaft der Produktionsmittel. Dem Zustand nähern wir uns von Tag zu Tag. Die Entwicklung der Dinge in der deutschen Elektrizitätsindustrie beweist dies. Die großen Unternehmungen werden, nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, für den Staat selbst eine Gefahr, der gegenüber die Uebernahme durch den Staat zur Notwendigkeit wird. Wie weit dieser Zeitpunkt auch noch zurückliegen mag, so weit unsere Kenntnis in das Wesen der Dinge reicht, gibt es keinen andern Weg und keine andere Wahl. Der gesamten Arbeiterklasse wird es freilich noch gewaltige Opfer kosten, sich der Uebermacht der großen Unternehmungen zu erwehren und geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Denn auch gerade hier lassen sie ihre Macht fühlen. J. K u r t h.

Unsere zehnte Generalversammlung.

Auch das Wort Mannheim hat in der Arbeiterbewegung einen guten Klang und nicht zum mindesten wird es in der noch zu schreibenden Geschichte der deutschen Metallarbeiterbewegung wiederholt genannt werden müssen. Auch wird die Schilderung der zehnten Generalversammlung unseres Verbandes nicht eines der schlechtesten Blätter in diesem Buche sein. Allerdings sind diejenigen nicht auf ihre Rechnung gekommen, die „große Sensationen“ oder gar eine kräftige Abhürschung des Verbandsvorstandes erwarteten. Bis zu der Zeit, wo wir diese Zeilen schreiben, waren die Verhandlungen von gutem, kollegialem Geiste getragen. Auch die Vorkommnisse in Hamburg anlässlich der letzten Werkta r b e i t e r b e w e g u n g wurden von allen Seiten in einer Weise behandelt, von der wir wünschen möchten, daß man in der Arbeiterbewegung stets so verfahren möchte. Die Veranstaltungen zur Pflege der Geselligkeit, die das Mannheimer Lokalomitee getroffen hatte, haben, soweit wir sahen, bei den Delegierten allgemeinen Beifall gefunden. Mancher Kollege aus dem Rheinland, Schlesien etc. wird sich eines gewissen Neides nicht haben erwehren können, als er sah, daß in Süddeutschland den Arbeitern so herrliche Lokale zur Verfügung stehen, wie der Rabelungensaal im Rojengarten. Auch das, was dort geboten wurde, wird für manchen Kollegen einen Lichtblick bedeuten und auf lange Zeit eine schöne Erinnerung bilden. Sie lauschten dem leistungsfähigen Orchester, wurden tief gepackt, als sie aus den Vorträgen der vereinigten Mannheimer Arbeitergesangsvereine hörten, welche wunderbaren Wirkungen auf dem Gebiet des Arbeitergesanges möglich sind und bejubelten lachend die Regitationen des Herrn Gymnasiallehrers Neumann-Hoditz, der sich zu Zugaben verstehen mußte, bis „das Lachen nicht mehr aufhörte“. Die Hafenrundfahrt bot viel des Interessanten. Außerdem unternahm ein Teil der Delegierten nach Feierabend noch einen Ausflug nach Heidelberg. Rechnen wir nun den noch bevorstehenden Ausflug nach Bad Mühlheim hinzu, so können wir nur sagen, daß der Geselligkeit und der Fröhlichkeit in ausgiebigem Maße Rechnung getragen wurde, wollen aber mit Rücksicht auf einige unserer „guten Freunde“ nicht unterlassen, hinzuzufügen, daß erstens die Veranstaltungen sehr viel billiger waren als die, die von Unternehmern veranstaltet werden bei solchen Gelegenheiten zur Pflege der Geselligkeit getroffen zu werden pflegen und zweitens zeigten die Delegierten wiederholt, daß sie ihren Arbeitgeber dadurch durchaus nicht benachteiligten ließen. Dies zeigen auch die vom Sozialdemokratischen Pressebureau veröffentlichten Berichte. Den von diesem Bureau veröffentlichten sogenannten „großen Bericht“ legen wir auch unserer Verleserstattung zugrunde. Ausführlicheres wird das bald erscheinende stenographische Protokoll bringen, auch behalten wir uns vor, noch auf das eine oder das andere zurückzukommen.

M a n n h e i m, den 5. Juni 1911.

Vormittagsführung.

Der Mannheimer Bevollmächtigte, Schneider, begrüßt die anwesenden Delegierten im Namen der Mannheimer. Er verweist darauf, daß Mannheim in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stets seinen Mann gestellt habe. Obgleich galt Mannheim als eine Hochburg der Stich-Dunderschen, Gleichwohl konnte 800 Mitglieder zählen, als unsere Mannheimer Verwaltungsstelle erst 80 zählte. Über trotz aller Demagogie der Stich sei die Verwaltungsstelle doch schnell gewachsen. Als Gleichauf in den Generatrat eintrat, kam Balzer, der die von Erlebens empfohlene Taktik handhabte. Er trat besonders radikal auf und bezeichnete die Verhandler als feige Kerle. Doch auch bald zog Balzer ab und mit ihm eine große Anzahl der Stich-Dunderschen Mitglieder, die zum Zentralverband übertraten. Sonstige Gegenorganisationen existierten in Mannheim nur unter Aufsicht der Offenständigkeit. Sie machten sich höchstens durch Querschnittsvereine bemerkbar, darunter besonders die Anarcho, die kaum ein Dutzend Mitglieder zählten. Nach dem freigelegten Kampfe bei Benz & Co. im Jahre 1905 haben dann die Unternehmer ihre Organisation zu stärken gesucht und gelbe oder vaterländische Arbeiterorganisationen ins Leben gerufen. Mannheim habe seinerzeit einen schweren Kampf gehabt. Auf der Generalversammlung in Gumburg sei dieser behandelt worden, jetzt werde wohl in Mannheim der Hamburger Zweig behandelt werden. (Heiterkeit.) Mannheim habe die Differenz bald überwunden, die Verwaltungsstelle zähle heute die größte Mitgliederzahl. Wer vor zehn Jahren gemeint hätte, daß in Mannheim 7000 Metallarbeiter organisiert sein würden, wäre ausgelacht worden. Mit dem Hinweis, daß die Verhandlungen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und der gemauerten Arbeiterbewegung zum Segen gereichen mögen, schließt Redner seine Ausführungen.

Nachdem hält der Verbandsvorsitzende Schild die Eröffnungsrede. Der Verband habe schnelle und gute Fortschritte gemacht. Mit banger Erwartung gingen die Delegierten 1891, als die Gründung des Verbandes beschlossen war, aufeinander. Das Sozialengesetz war gefallen, aber damit war die Reaktion in Deutschland noch nicht gebrochen. Damals wäre

Leinem der Delegierten der Gedanke gekommen, daß wir heute auf solche Erfolge zurückblicken können. Ein bedeutendes Gelingen der Berufscollegen stand nach Gründung des Zentralverbandes dieser Organisation noch fern. Es tobte der Kampf um lokale oder zentralistische Organisationen, um Inbetriebnahme oder Branchenorganisationen im eigenen Lager. Der damalige Vorsitzende glaubte, durch Kompromisse mit den Lokalorganisationen zu einer einheitlichen Organisation zu kommen. Damals herrschte die Ansicht vor, mit niedrigen Beiträgen viele Mitglieder erwerblich zu können. Aber schon nach einem Jahre der Gründung des Zentralverbandes traten einige größere Verwaltungskräfte, die der Zentralisation bisher ferngeblieben waren, zu dieser über. Und im Laufe der Zeit haben dann auch viele kleinere Verbände ihren Anschluß an die große Organisation gefunden, und man dürfte wohl sagen, daß die im Verbands aufgegangenen Branchenorganisationen und kleineren Verbände jetzt erst imstande seien, nicht nur Kämpfe zu organisieren, sondern auch Siege zu erröchten.

Im Jahre 1899 hatte der Verband eine größere Erschütterung erleben müssen, als der Verbandsstag in Halle a. S. eine Vertrags-erhöhung beschloß und die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Wenn die damals teilweise eingetretene Mitgliederflucht bald wieder der besseren Erkenntnis wich, doch wieder dem Verbands angehören zu müssen, so sei das ein gutes Zeichen für die starke demokratische Idee, die bei den Mitgliedern durchschlug.

Der Verband habe sich bei den Unternehmern besondere Achtung errungen. Das zeige sich nicht darin, daß die Unternehmer zu Verhandlungen geneigt seien, sondern daß sie die Organisation als Vertreter der Arbeiter respektierten. Den Unternehmern müsse es imponieren, daß der Verband nach Ablauf der wirtschaftlichen Krise nicht nur an Mitgliedern zunahm, sondern auch sofort in der Lage war, Forderungen stellen zu können und schwere Kämpfe auszufragen. Das habe bewiesen, daß der Verband intensiv den Kampf führen könne. Redner spricht die Meinung aus, daß nicht die großen Kräfte, sondern vor allem auch der Geist der Organisation starke Wirkung nach außen habe und das Vertrauen zur Organisation festige. Dieses Vertrauen zur Organisation schwebe die Arbeiter in ihrer Organisation zusammen, während die Unternehmer durch den starken Terrorismus sich ihre Organisation halten. — Die Arbeiter aus der Schwerindustrie fehlten noch als Mitglieder. Sie zu gewinnen müßte die nächste Aufgabe des Verbandes sein. Die Generalversammlung bilde einen Zeitabschnitt, mit dem der Verband zufrieden sein könne. Der Verband habe sich nicht allein Anerkennung und Achtung nach außen hin verschafft, sondern sei auch nach innen gefestigt. Heute bestehen keine Meinungsverschiedenheiten mehr darüber, daß hohe Beiträge notwendig seien zu großen Leistungen. Auch über den Weg, der die Gewerkschaftsbewegung zum Ziele führe, sei man im Verbands einig. Die Entwicklung des Verbandes stehe in der internationalen Arbeiterbewegung einzig da. Er spiele im internationalen Kongress die erste Geige und habe weit über die Grenzen Deutschlands hinaus in seiner Entwicklung Bewunderung erregt. Mit der Aufforderung zu intensiver Arbeit, getragen von gegenseitigem Vertrauen, schließt Schlicke seine mit Beifall ausgenommene Begrüßungsrede.

Es folgt die Wahl der Mandatprüfungskommission. Ein Antrag Dittmanns, diese Wahl per Stimmzettel vorzunehmen, wird abgelehnt.

Hierauf folgen die Begrüßungsreden der Vertreter der ausländischen Verbände. Sie begrüßten den Verband zu seinem Jubiläum und zu seinen großen Erfolgen. Der österreichische Vertreter hofft, daß der deutsche Einheitsgedanke auch in den österreichischen Organisationen sich durchsetzen wird. Der englische Vertreter meint, daß der englischen Organisation die engere Verbindung mit der deutschen besonders deswegen bedeutsam sei, um Mitteilungen über die Lage und den Arbeitsmarkt erhalten zu können. Sie in England könnten damit den Unternehmern mit ihren falschen Berichten entgegenstehen.

Johnson (Schweden) erklärt, daß in seinem Lande das Prinzip der Inbetriebnahme längst gelöst sei. Sie bewundern den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht allein wegen seiner großen Organisation, sondern müßten auch Anerkennung für ihn, daß die deutschen Metallarbeiter als Pioniere in der internationalen Metallarbeiterbewegung gewirkt haben. Die Schweden hätten einen großen Kampf hinter sich. Von großen Erfolgen durch ihn könne er aber nicht berichten. Der Gedanke des Generalstreiks werde vielfach stark propagiert; er wird hier und da als ein Mittel zur Befreiung, durch das gewissermaßen mit einem Schlag das soziale Elend beseitigt werden könne. Sie in Schweden hätten dieses Mittel bereits, er müßte aber befinden, daß die Organisationen heute, nach zwei Jahren, noch unter der Wirkung des Generalstreiks zu leiden hätten. Die Mitgliederzahlen in den schwedischen Gewerkschaften seien bis zur Hälfte gesunken, und das Vertrauen zur Organisation sei geschwunden. Wenn die schwedischen Metallarbeiter die Niederlage leichter überwinden hätten, so sei das der tatkräftigen Unterstützung des internationalen Sekretariats zu danken. Der Gedanke des Generalstreiks sei sehr verführerisch, die Anwendung des Streiks aber müsse genau geprüft werden. Die schwedischen Gewerkschaften seien jetzt an einem Wendepunkt angelangt, die Mitgliederzahl steige wieder. Auch sei zu hoffen, daß die demnächst erfolgende Reichstagswahl befruchtend auf die Gewerkschaftsbewegung wirken werde.

Nachmittagsführung.

Der Vorsitzende des Schmiedeverbandes, Lange, begrüßt die Generalversammlung im Namen seines Verbandes. Er meint, der eine Wunsch, den der Vorsitzende am Schluß der letzten Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes geäußert habe, ihn bei der jetzigen Generalversammlung nicht als Gast, sondern als Delegierten begrüßen zu können, sei nicht in Erfüllung gegangen. (Zuruf: Leider!) Der Verband der Schmiede sei eine alte Organisation, die nicht so leicht ihre Selbstständigkeit aufgeben könne. In der Presse wurde die irrtümliche Meinung vertreten, daß die leitenden Personen im Schmiedeverband gegen einen Anschluß an den Metallarbeiter-Verband seien. Der Vorstand des Schmiedeverbandes ist aber durch die Beschlüsse seiner Generalversammlung gebunden und das Anerkennen, daß der Metallarbeiter-Verband für den Zusammenschluß mache, war für den Schmiedeverband nicht ausreichend. Er hoffe aber, daß die jetzige Generalversammlung der Metallarbeiter die schwebenden Differenzen beseitigen wird, damit der Zusammenschluß in absehbarer Zeit erfolgen könne, um so vereint vorgehen zu können.

Nach Begrüßungsreden des Kollegen Schefel, Vorsitzender der Maschinen- und Heizer, und des Vertreters der Kupferschmiede, Hecht, die sich im ähnlichen Sinne äußern, nimmt nach der Kollege Fürtch aus Serbien das Wort. Er schildert in temperamentvoller, in deutscher Sprache gefaltener Rede die erbärmlichen Arbeitsverhältnisse in Serbien. Es gäbe dort noch Löhne von 80 Franken jährlich bei 18stündiger Arbeitszeit. Von 12000 beschäftigten Metallarbeitern seien 3200 organisiert. (Bravo!) Wenn die serbische Metallarbeiterorganisation nicht als Vorkämpfer stände, kämen viele Streikbrecher von dort nach anderen Ländern. Redner spricht dem Deutschen Metallarbeiter-Verband den besonderen Dank der serbischen Kollegen aus und schließt mit den Worten: „Für uns im Orient geht die Sonne nicht vom Osten auf, sondern die rote Sonne vom Westen.“

Es folgt hierauf der Bericht der Mandatprüfungskommission. Hierbei kommt es zu längeren Auseinandersetzungen über die Gültigkeit eines Hamburger Mandats.

Gegen das Mitglied Wodrich war vom Mitglied Dittmer (Geschäftsführer der Hamburger „Produktion“) ein Antrag auf Ausschluß bei der Hamburger Ortsverwaltung eingeleitet worden. Wodrich soll in einer Betriebsversammlung gegen Dittmer achtungsvolle Äußerungen getan haben. Nach dem Statut ruhen Rechte und Pflichten der Mitglieder während der Zeit, in der ein Ausschlußverfahren gegen das Mitglied vorliegt. Der Vorstand erklärte deshalb die Wahl Wodrichs für ungültig. Auch die Mandatprüfungskommission stellte einen gleichem Antrag. Kürbis (Hamburg) verteidigt die Anerkennung des Mandats und meint, die Generalversammlung soll sich nicht, wie der Vorstand es getan, an den Buchstaben des Statuts klammern; der Fall sei ein Schulbeispiel dafür,

wie das Statut nicht gehandhabt werden soll. Er bestreitet im übrigen, daß es sich um ein Ausschlußverfahren handle, es handle sich nur um ein Schiedsgerichtsverfahren, weshalb die Bestimmung des Statuts nicht anwendbar sei. Auch Dittmann (nicht Dittmer) äußert sich im gleichen Sinne. Reichel vom Zentralvorstand spricht für Ungültigkeitserklärung der Wahl Wodrichs und bittet, sich nicht die unrichtige Beurteilung der Sache, wie sie Kürbis gegeben hat, zu eigen zu machen. Bei der Abstimmung wurde dann dem Antrag der Mandatprüfungskommission mit 111 gegen 74 Stimmen stattgegeben und damit die Wahl Wodrichs für ungültig erklärt. Als nächstfolgender Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte, kam Franz (Hamburg). Die Hamburger Ortsverwaltung hatte ihm kein Mandat ausgestellt. Die Generalversammlung beschließt, Franz ohne Mandat zuzulassen.

Darauf erfolgt die Konstituierung des Bureaus. Als Vorsitzende werden gewählt: Schlicke (Stuttgart), Cohen (Berlin) und Hahn (Mannheim), als Schriftführer: Kürbis (Hamburg), Stricker (Berlin), Liebmann (Leipzig) und Müller (München). Zu Führern der Rednerlisten werden ernannt: Thurauf (Berlin), Demmer (Wiesbaden), Böckel (Stuttgart) und Ziegler (Aue).

Auf Antrag werden zwei Beschwerdekommmissionen aus je fünf Mitgliedern und eine Rechnungskommission gewählt.

Zur Tagesordnung liegt ein Antrag vor, als besonderen Punkt die Überweisungsbefugnisse mit dem Verband der Schmiede zu behandeln. Der Antrag findet durch die Erklärung Schlickes seine Erledigung, daß beim Geschäftsbericht dazu Gelegenheit wäre, diese Sache zu behandeln.

Darauf erfolgt um 6 Uhr Schluß der Sitzung. (Am Abend Festkommers im Ribelungenaal des städtischen Rosengartens.)

Mannheim, den 6. Juni 1911.

Vormittagsführung.

Nach einer kurzen Ansprache des Reichstagsabgeordneten Frankl, der die guten Beziehungen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung betont, erstattet Schlicke den

Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes.

Er meint, obgleich der gedruckte Bericht vorliege, erscheine es doch notwendig, einige besondere Ereignisse der Generalversammlung vorzutragen. Eine größere Pflege der Statistik, wie sie mehrere Anträge wünschen, sei kaum angängig, da der Vorstand jetzt schon mit dergleichen Arbeiten stark beschäftigt würde. Auch die Anträge, die eine stärkere Agitation in der Schwerindustrie verlangen, wären gegenstandslos, da der Vorstand heute schon darin tue, was möglich sei. Anlässe guter Organisation seien schon in dieser Industrie vorhanden, man könne aber nicht künstlich eine besondere Agitation treiben; auch müßten gut qualifizierte Kollegen als Angestellte dafür gefunden werden. — Bei der Anlegung der Verbandsgebäude müsse mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß diese absolut sicher deponiert werden; das gelte auch für die Gelder der Lokalkassen. Was die Beschwerden anbetreffe, so müsse der Vorstand bei der Prüfung immer entscheiden, ob es sich um Ausschluß oder Schiedsgerichtsverfahren handle; dafür entscheidend sei aber nicht die Überschrift der Akten, sondern ihr Inhalt. — Öffentliche Klagen zu erheben, werde vom Vorstand sehr viel verlangt. Der Vorstand werde sich aber weise Beschränkung darin auferlegen, weil sonst die Wirkung der öffentlichen Klagen verjage. Eine Beschwerde in bezug auf Streitunterstützung müsse noch im Plenum entschieden werden. Bei der großen Bauarbeiterausperrung wurde der Verband mit etwa 1000 Personen in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauarbeiter zahlten für die ersten 14 Tage Streit keine Unterstützung. Einige Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes wollten aber vom ersten Tage an Unterstützung beziehen. Der Vorstand stellte sich auf den Standpunkt, daß schon aus Solidarität den anderen Gewerkschaften gegenüber diesen Ansuchen nicht stattgegeben werden könne, sondern daß auch in diesem Falle für die eigenen Mitglieder das gelte, was die am Streit hauptbeteiligte Organisation bestimme hat. — Für den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge habe die letzte Generalversammlung votiert. Es erscheine notwendig, den Glauben an die Allmacht der Tarifverträge ein wenig zu erschüttern. Feste Vereinbarungen wären gewiß sehr gut, daß A und B in der Gewerkschaftsbewegung dürften sie nicht sein. Vorbedingung für die gute Wirkung der Tarifverträge sei, daß die Arbeiter Träger des Vertrages seien, also eine starke Arbeiterorganisation. — Die Unternehmer in der Metallindustrie verfolgten bei Verhandlungen eine fieberhafte Politik. Auch bei der Werftarbeiterbewegung haben sie mit der Androhung: Verhandlung oder Aussperrung den Anschein erwecken wollen, als ob die Arbeitervertreter nicht zu Verhandlungen geneigt seien, das treffe nicht zu. Allerdings war das Zugeständnis, das die Unternehmer bei der Werftarbeiterbewegung machten, sehr gering, aber es war doch so viel, daß die Arbeitervertreter durch Ablehnung dieser Zugeständnisse die große Verantwortung für eine allgemeine Aussperrung nicht auf sich nehmen konnten. Wenn später die Werftarbeiter diese Zugeständnisse nicht einmal einhalten wollten, so treffe in erster Linie die Verantwortung dafür den Unternehmerverband. Es müsse offen ausgesprochen werden, daß der Gesamtverband der Metallindustriellen dazu beigetragen hat, die Situation in der Werftarbeiterfrage zu verwirren. Schlicke kommt sodann auf

die Hamburger Streitigkeiten

zu sprechen, die sich im Anschluß an die Werftarbeiterbewegung ergeben haben. Er sagt, nachdem so durch die zweiseitige Haltung der Unternehmer Verwirrung angerichtet und der Kampf für die Arbeiter nicht so günstig verlaufen war, wie von ihnen erwartet, glaubten einige Mitglieder in Hamburg ihren Groll gegen die leitenden Beamten auslassen zu können. Als die Unternehmer Aussperrung androhten, wollten die Hamburger eine allgemeine Demonstrationsversammlung einberufen, die am Tage, nicht am Abend, stattfinden sollte, daß die Arbeiter sich nicht einschüchtern lassen. Schlicke hatte dagegen schwere Bedenken, er hielt diese Politik für unklug, schon weil Hamburg die Ursache des Kampfes war und noch zu einer Verschärfung der Situation beitragen hätte. Er glaubte, die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können und gab Anweisung, die Tagesversammlung nicht stattfinden zu lassen. Die Versammlung unterblieb. Dem Angestellten Zhle wurde gekündigt, weil er, entgegen dem Wunsch der Ortsverwaltung, der Anweisung des Verbandsvorstandes zufolge die Versammlung nicht einberief. Dem Verbandsvorstand wurde das Recht, solche Anordnungen zu treffen, von Hamburg aus bestritten. Schlicke hat daraufhin in einer Sitzung bemerkt, daß wenn die Hamburger nicht nach dem Statut handeln, sie es sich gefallen lassen müßten, nach dem Statut behandelt zu werden. Darauf sei ihm zugerufen worden: Wenn ihr ein zweites Mannheim haben wollt, so handelt nur so! (Zuruf: Dittmanns: „Wer hat das gesagt?“ Schlicke: „Du.“ Dittmann verwahrt sich entschieden dagegen, diesen Anspruch getan zu haben.) Zhle und nach dem Franz hätten nach seiner Ansicht selbst insofern gefehlt, daß sie diese Behandlung der Sache in einer Mitgliederversammlung zuließen. Zhle aber wurde doch durch die sofortige Kündigung mit dem Odium behaftet, daß er Großes verschuldet haben müsse. Die Generalversammlung müsse sich dafür aussprechen, daß ein solches Vorgehen gegen Angestellte nicht zulässig sei. Die Diskussion, die sich in der Öffentlichkeit darauf eröffnet habe, über das Thema: Massen und Führer, schlug völlig daneben. Massen und Führer waren in der Hamburger Werftarbeiterbewegung völlig einig. Der Streit gab gar keine Veranlassung zu dem Thema. Unzufriedenheit herrschte nur, weil für die Arbeiter bei dem Streit zu wenig herangezogen worden war. Zum Schluß appelliert Schlicke an die Mitglieder, ruhig und besonnen dergleichen Differenzen zu beurteilen, im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Organisation.

Darauf gibt Weißig (Frankfurt a. M.) den

Bericht des Ausschusses.

Er bespricht eine Reihe Beschwerden, in der Hauptsache Entscheidungen über die Auslegung des Statuts und der Unterstützungsbestimmungen. Einige dieser Fälle werden noch die Beschwerdekommmission beschäftigen, soweit gegen die Entscheidung des Ausschusses die Generalversammlung angerufen ist. Rassenrevisionen seien wiederholt vorgenommen und

die Kasse in Ordnung gefunden worden. Er beantrage für den Kassierer Werner die Entlastung.

Redakteur Scherm erklärt, auf einleitende Bemerkungen über die Tätigkeit der Redaktion verzichten zu wollen. Er behalte sich vor, im Laufe der Diskussion das Wort zu nehmen. Als erster Diskussionsredner in der

Hamburger Streitigkeitenfrage

nimmt Dittmann das Wort. Er wolle anerkennen, daß Schlicke in sachlicher Weise die Sache vorgetragen habe und er wolle diesem Beispiel folgen. Im Jahrbuch sei die Sache allerdings nicht so objektiv dargestellt worden. Wenn damit die Ansicht verfolgt werden sollte, die Sachlage zu verschleiern, so sei der Zweck vielleicht erreicht. Dittmann gibt in etwa fünfviertelstündiger Rede eine sehr spezielle Darstellung der Hamburger Angelegenheit. Nicht aus der Werftarbeiterstreitigkeit resultiere die Kündigung des Zhle allein. Die gesamte Ortsverwaltung habe erklärt, mit Zhle nicht zusammenarbeiten zu können. Als die Hamburger Ortsverwaltung die Tagesversammlung einberufen wollte, habe sie damit eine besondere Absicht verfolgt. Es war bekannt geworden, daß die Bauunternehmer die Absicht hatten, Bauklemper, Bauflößer u. s. w. in die Bewegung mit einzubeziehen. Durch die Demonstrationsversammlung am Nachmittag sollten die Unternehmer abgesehrt werden, es sollte gezeigt werden, daß unsere Leute auf dem Posten seien. Redner spricht weiter über die Abstimmungen in den Hamburger Mitgliederversammlungen und die Bemühungen der Verbandsleitung zur Beilegung der Differenzen. Die zweite Versammlung ergab eine Mehrheit von etwa hundert Stimmen für die Kündigung Zhles. Wer wegen der einzelnen Verletzung wäre Zhle nicht gekündigt worden, sondern das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Bevollmächtigten war schon lange nicht das beste. Zhle habe stets durchgekreut, was die Verwaltung beschloßen habe. Weiter wendet sich Dittmann gegen die Äußerungen in der Presse, der Artikel von Waffatsch in der Metallarbeiter-Zeitung sei ein Schwabenstreich gewesen. Der Schluß des Artikels mußte als eine Sperre für Bewerbungen betrachtet werden. Ein Artikel des Korrespondenzblattes der Generalversammlung wurde dem um die vakante Stelle sich bewerbenden Kollegen Kürbis mit der Bemerkung zugeandt, den Artikel zu lesen und dann zu prüfen, ob ein ausländischer Kerl sich da melden könne. (Zuruf: Sehr gut! Sehr richtig!) Im Bureau wurde später ein Brief gefunden, in dem stand: Wie steht es in Hamburg, habt ihr schon Streikbrecher? (Heiterkeit.) Dann kam die Sache vor das Forum des „Reherklubs“. v. Elm habe gegen die Mitglieder schwere Vorwürfe erhoben, den Vogel aber abgeschossen habe Rasch im Proletariat. Es sei versucht worden, der Ortsverwaltung unehle Absichten zu unterstellen. v. Elm habe sie als Unaroch bezeichnet. Dittmann wendet sich energisch gegen diesen Vorwurf. Auch Wiesenthal habe sich bemüht, nach dem Streit für seine Organisation zu wirken. Er habe ihn (Dittmann) besucht, aber nicht angetroffen und er habe auch einem anderen Kollegen Material gegen Schlicke angeboten. Die Hamburger aber seien weit davon entfernt, diesen Liebeswerbungen irgend welche Geseligschaft zu leisten. Sie ständen allerdings auf dem Standpunkt, daß es das Recht der Ortsverwaltungen sei, einem Beamten kündigen zu können. Er (Dittmann) habe nicht den von Schlicke mitgeteilten Auspruch getan, sondern er habe gesagt: „Das geht bei uns nicht so zu machen, wie in Mannheim.“

Den Vorwurf, daß sich die Vertreter bei den Werftarbeiter-Verhandlungen hätten dupleiren lassen, habe der Verbandsvorstand mitverantwortet. Schlicke habe das Verhalten der Vertreter verteidigt, die Verhandlungen seien aber so geführt worden, daß die Mitglieder zu solchen Vorwürfen kommen könnten. Bei der jetzigen Zusammenlegung der Zentralwertkommission kämen nach seiner Ansicht die Metallarbeiter zu kurz, sie hätten nicht ihrer Stärke entsprechend Vertretung. Zum Schluß wendet sich der Redner gegen die Unterstützung des Verbandes der Schmiede und meint, daß, wenn eine Organisation so schlecht fundiert sei, sie keine Existenzberechtigung habe. — Darauf Schluß der Vormittagsführung.

Nachmittagsführung.

In der Nachmittagsführung erhält zunächst Franz (Hamburg) das Wort. Franz hatte sich feinerzeit mit Zhle solidarisch erklärt und seine Stelle gekündigt. Er verteidigt in längeren Ausführungen die Haltung Zhles und bespricht die Einzelheiten der Hamburger Vorgänge. Er meint unter anderem, wenn die Karre schief gehe, würden immer die Angestellten dafür verantwortlich gemacht. Mit der Zusammenlegung des Korrespondenzblattartikels und dem Begleiterscheiben müsse er eine gewisse Absicht vermuten, die von einem Mitglied der Gegenpartei vielleicht damit verfolgt worden sei. Der Reherklub sei in der Debatte auch erwähnt worden. Die Vorzüge daseilf waren aber durchaus harmlos. (Zuruf: Klub der Harmlosen! Heiterkeit.) v. Elm habe in der ersten Versammlung kein Wort von den Hamburger Verhältnissen erwähnt, erst in der zweiten Versammlung habe Peterjen die Sache zur Sprache gebracht und schwere Vorwürfe gegen die Arbeitervertreter erhoben. Es bestand damals die Meinung, daß während der Bauarbeiterbewegung auch noch die Werftarbeiterbewegung eingeleitet werden sollte. Die Vorwürfe gegen die Arbeitervertreter seien ungerecht. Nachdem in der Werftarbeiterfrage 14 Tage verhandelt worden war, ohne daß irgend welche Zugeständnisse gemacht wurden, wurde das Resultat der Verhandlung zum Schluß schriftlich niedergelegt, nachdem die Unternehmer in letzter Stunde einige Zugeständnisse gemacht hatten. Franz bemerkt zum Schluß, Dittmann solle nur immer in Hamburg zu reden, wie er es hier auf der Generalversammlung getan habe, dann ließe sich eine Verständigung leicht erzielen.

Saas (Köln) beantwortet die Anträge auf stärkere Agitation unter den Jugendlichen, Verschmelzung der zahllosen Mülheim und Köln, auf Abhaltung einer Konferenz der Elektromonteur und für den Redaktionsklub am Montag. In der Hamburger Angelegenheit verteidigt er die Haltung des Verbandsvorstandes und wünscht, daß die Mitglieder besser zu ihren Angestellten halten sollen.

Ernst (Hagen) tritt für den Antrag ein, der die Bildungsbestrebungen der Mitglieder fördern will und den Besuch der Parteischule durch die Mitglieder empfiehlt. Die Mitglieder sollten mehr vom Sozialismus erfahren. Wenn wir sehen, wie einseitig in der Gewerkschaftsschule unterrichtet wird und wer dort Lehrer ist, so sei das besonders notwendig. Der Lehrer Bernhard gehe in der geschäftigen Weise gegen uns vor. Der Redner und nach ihm Fiedler (Essen) reden für eine Konferenz der Hüttenarbeiter.

Wolitor (Frankfurt a. M.) befürwortet die Anträge Wannen und Halle a. S., die eine größere Arbeiterzelle am 1. Mai wünschen. Thielemann (Osabrück) erklärt entgegen der Meinung der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, für den Fortbestand des wissenschaftlichen Organs Zeitgeist zu sein.

Severing (Bielefeld) vertritt sich nicht viel Erfolg von einer Konferenz der Hüttenarbeiter, er empfiehlt eine Denkschrift an die Regierung und die Errichtung einer Sammelstelle von Material für die Agitation unter den Hütten- und Walzwerkarbeitern. Material liege dafür schon in den Gewerbeinspektionsberichten und anderen amtlichen Publikationen vor. Zu den Bildungsbestrebungen möchte er erklären, diese im allgemeinen nicht zu übersehen. Es seien nicht die schlechtesten Agitatoren, die die Partei- und Gewerkschaftsschule nicht besucht haben. (Zustimmung.) Die Angestellten sollten etwas mehr für ihre Selbstbildung tun. Weiter weist Severing die Angriffe Ernsts gegen die Gewerkschaftsschule zurück. Beweise für seine Behauptungen könne Ernst jedenfalls nicht erbringen, man solle nicht in aller Öffentlichkeit behaupten, was man gelegentlich gehört habe. Zu den Anträgen betreffend die Reizeifer verweist Severing auf das Abkommen der Generalversammlung mit dem Parteivorstand und bittet, keine weitergehenden Beschlüsse zu fassen. Der Redner beschäftigt sich noch in eingehender Weise mit der schwierigen Stellung der Gewerkschaftsangeestellten, die unter allen Angestellten in der Arbeiterbewegung die schwierigste Position hätten. Nach getaner Tagesarbeit müßten sie den Mitgliedern gegenüber noch Rede und Antwort stehen über ihre Tätigkeit; man sollte diesen Angestellten nicht ihr Amt noch unnötig erschweren, wie das in Hamburg geschehen sei. Auf die Dauer würden die Angestellten sich das nicht gefallen lassen können, was zur Folge hätte, daß die besten Kräfte dadurch abgeschreckt sich anderen Stellen zuwenden würden. Nach

den aufgeregten Ereignissen in Hamburg sei doch eine ruhige Beurteilung der Differenzen nicht möglich gewesen. Es müßte doch beachtet werden, daß die Beamten nicht nur ein Amt, sondern auch eine Meinung haben müssen.

Petersen (Hamburg) verteidigt die Hamburger Ortsverwaltung und weist die Bemerkungen Biefenthal's, für seine Organisation Profiteure machen zu wollen, entschieden zurück.

Massfisch (Stuttgart) spricht die Hoffnung aus, daß nach den Äußerungen Dittmann's nun bessere Verhältnisse in Hamburg eintreten werden. Offenlich halte die ruhige Beurteilung der Dinge durch Dittmann noch an, wenn er den heimatischen Boden wieder betritt, und die Mitglieder in Hamburg gewonnen wieder die Meinung, daß sie nicht etwa als Stiefkinder behandelt würden. Redner mißt der Hamburger Ortsverwaltung den größten Teil der Schuld bei den Streitigkeiten bei. Er wünscht, daß nach der Auseinandersetzung auf der Generalversammlung nunmehr eine bessere Zuneigung des Statuts auch in Hamburg erfolgen wird.

Hierauf tritt Schluß der Verhandlungen ein.

Mannheim, den 7. Juni 1911.

Vormittags-Sitzung.

Bei Eröffnung der Vormittags-Sitzung liegt ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte vor, der angenommen wird. Es folgen persönliche Bemerkungen. Cohen bemerkt, als Vertreter der Generalkommission fühle er sich verpflichtet, die Angriffe, die Ernst gegen die Gewerkschaftsschule gerichtet habe, zurückweisen zu müssen. Eine sachliche Zurückweisung erübrige sich wohl, da diese Angriffe auch jedenfalls von der Generalversammlung als deplaciert betrachtet werden. Die von Ernst gemachten Äußerungen aber dürften nicht unwidersprochen in die Welt hinausgehen, damit nicht der Anschein erweckt werde, als ob die Generalversammlung sich damit einverstanden erklärt habe. Nach persönlichen Bemerkungen von Dittmann und Kürbis erklärt Bället, daß seine nach Hamburg gerichtete Mitteilung, ob sie Streikbrecher schon gefunden hätten, in schärferer Weise gemeint war.

Es wird dann die Frage der Verschmelzung des Schmiedeverbandes mit dem Metallarbeiter-Verband verhandelt. Reichel vom Zentralvorstand erklärt einleitend: Die Schmiede wollten Ausnahmeregeln haben, nicht nur in der lokalen Verwaltung, sondern auch in der zentralen, die der Vorstand ihnen nicht bewilligen kann. Der Vorstandsvorsitzende sei der Meinung, daß wenn der ersichtliche Wille bei den Schmieden zur Verschmelzung vorhanden wäre, auf Grund der jetzigen Verfassung des Verbandes die Verschmelzung geschehen könne. Wenn sie sich vereinigen, würde ihre Arbeitsfähigkeit in der Einheitsorganisation steigen. Die Metallarbeiter könnten nur erklären, daß sie willens sind, soweit es der einseitige Unterbau der Organisation gestattet, ihren Wünschen Rechnung zu tragen.

Nachdem Franke (Breslau) und Hoffmann (Hanau) für die Verschmelzung gesprochen hatten, erhielt das Wort der Vorsitzende Lang vom Schmiedeverband. Er erklärt nochmals, daß sein Vorstand nicht die Schuld trage, wenn die Frage der Verschmelzung noch nicht weiter geblieben sei. Gegen Dittmann's Äußerung protestiert er, er meint, die Vorstandskonferenz habe das gute Recht gehabt, aus der Sammlung für die Bauarbeiterausperrung den Schmieden Gelder zur Unterstützung bei der Wertarbeiterausperrung zu geben. Nicht nur die Gegner, sondern auch die Befürworter der Verschmelzung in seinem Verbande wünschen die Bildung einer Berufsgruppe auf lokaler und zentraler Grundlage. Die vorliegende Resolution würde eine weitere Verhandlung unmöglich machen, der Metallarbeiter-Verband könnte mehr Entgegenkommen zeigen. Bei den Transportarbeitern und bei den Holzarbeitern befinden sich solche gebildeten Gruppen. Sie würden doch die Zentralleitung als Hauptleitung anerkennen. In der Generalversammlung könne ein Weg gefunden werden, nach dem eine Urabstimmung im Schmiedeverband über diese Frage stattfinden kann. Sie befinden sich bereits auf dem Wege zur Verschmelzung. Die letzte Generalversammlung habe schon mit großer Stimmenzahl für den Zusammenschluß votiert wie die vorhergehende.

Scheffel, vom Verband der Maschinen- und Feiler, spricht auch zur Frage der Verschmelzung und erklärt, daß nach seiner Meinung die Zeit noch nicht gekommen sei, um in seinem Verband die Verschmelzung zu beschließen.

Reichel erklärt gegenüber den Ausführungen Langes, daß die Zentralstellen in den anderen Organisationen sich nicht bewähren dürften. Die Einrichtung sei deshalb nicht nachahmenswert. Die Generalversammlung möge am dem Gedanken der Einheitsorganisation festhalten, die sich im Metallarbeiter-Verband bewährt habe. Die Schmiede hätten sich durch die Resolution ihres letzten Verbandstages zu sehr gebunden, für eine Urabstimmung fehlen ihnen jetzt die Unterlagen.

Darauf erhält Schlüder

das Schlußwort zum Geschäftsbericht.

Er macht zunächst einige Richtigstellungen in der Hamburger Sache und meint, die Diskussion habe gezeigt, daß selbst bei den leitenden Personen in Hamburg Unklarheit über die Sache geherrscht habe. Im Jahrbuch seien zwar einige Unrichtigkeiten unterlaufen in der Darstellung der Sache, im allgemeinen treffe das dort Gesagte aber zu. Nicht die Arbeiter hätten ein Triumphgefühl empfunden, sondern die gegnerische Presse und die Sekretäre der Unternehmerverbände haben über die Nachgiebigkeit der Unternehmer geredet. Da lag es nahe, daß von jener Seite der Sache ein anderes Gesicht gegeben wurde. Verbandsvorstand, Bezirksleitung und Ortsverwaltung würden in Gemeinschaft mit den Hamburger Kollegen das weitere tun, um zu dauerndem Frieden zu kommen. Nach den Erfahrungen Dittmann's würde wohl bald vergesen werden, was in Hamburg geschehen sei. Die Stellung des Verbandsvorstandes sei in Hamburg völlig verkannt worden. Es müßte nur gesagt werden, daß die Räumung des Zehles und die anschließenden Differenzen selbst nicht in ruhiger Zeit in einer Mitgliederversammlung behandelt werden können, viel weniger in so aufgeregter Zeit. Der Fall sei ein höchster Richter. Die Hamburger hätten gefehlt und seien das hoffentlich ein und er hoffe, daß die Sache weiter keine Folgen für die Organisation habe. Der Ausspruch Reibels von dem Wirtstamen als demütigste Jugend sei vielfach in gewiß unangemessener Weise zitiert worden. Reibel würde natürlich damit gemeint haben, daß die Stellung eines Angestellten schon zu besonderen Richtigkeiten diesem gegenüber berechtige. Das Wirtstamen sei nicht auf die Person zu übertragen. Er (Schlüder) verziehe den Ausspruch nur so, daß die Vorhänge, die von Führern kommen, gerissen werden sollen, daß aber nicht alles, was von ihnen kommt, als Dampferung der Mitglieder oder als Verantwortung werden soll. Der Verbandsvorstand habe nicht gefordert, daß mit dem Artikel von Massfisch in der Metallarbeiter-Zeitung der Kampf von Bismarck nach Hamburg gesperrt sein sollte. Der Verbandsvorstand habe es vielmehr als seine Pflicht angesehen, daß der Kampf wieder so besetzt werde, damit die Organisation nicht Schaden erleide, er habe ein Interesse daran, daß tätige Leute einer so großen Verwaltung nicht nachsehen, er bitte die Generalversammlung, die die dort jetzt die Stelle innehaben, gerecht zu behandeln. Er wolle im Schlußwort keine Bitterkeit aussprechen und verzichte daher auf weiteres in der Sache Borgehen.

Schlüder wendet sich sodann den einzelnen Anträgen zu. Er befragt eine nachliegende Petition der Angehörigen im Zentralbureau, die die Generalversammlung bitten, den Angehörigen eine Selbstausperrung von monatlich 20 M zu gewähren. Er teilt hierbei der Generalversammlung gedruckte Äußerungen über die schwierige Stellung der Gewerkschaftsbeamten mit. Eine ganze Reihe von Anträgen bildet Schlüder dem Vorstand zu übergeben, die sich auf die Agitation für Mitglieder beziehen. Der Vorstandsvorsitzende und deren Beauftragter der Parteischule, bemerkt Schlüder, daß er auch hier der Meinung Severing's sei. Einen Besuch der Parteischule durch die Mitglieder wolle er nicht besonders empfehlen. Die Parteischule habe doch den Zweck, ausschließlich für die Parteimitglieder Bildung zu bieten. Für die Gewerkschaftsmitglieder sei die Gewerkschaftsschule da. Was bietet denn die Partei-

schule den Gewerkschaftlern? (Zuruf: Nationalökonomie!) Ja, bemerkt Schlüder, aber eine Geschichte der Gewerkschaften fehle und das sei doch mit einer der wichtigsten Lehrgegenstände. Übrigens bieten die Schulen auch keinen Abbruch der Bildung. Die Mitglieder sollten an ihrer Weiterbildung selbst arbeiten. Zur Maifeierfrage bemerkt Schlüder, daß noch immer die Beschäftigung auf Recht bestanden, wonach Arbeitsruhe nur eintreten könne, wenn es ohne Schädigung der Gesundheit geschehen kann. Durch die feste Aufstellung der Maifeierfrage würde nur eine Beurlaubung der Mitglieder herbeigeführt. Daß die Arbeitsruhe die wichtigste Forderung sei, sei noch nicht bewiesen. In Gegenden, wo die Arbeiterbewegung noch nicht vorgebrungen ist, läge es vielmehr im Interesse der Agitation, durch Massenversammlungen am Abend zu wirken. Die Anträge auf Erziehung einer Alters- und Invalidenversicherung bittet er einstweilen abzulehnen, ebenso den Antrag, eine Volks-, Lebens- und Arbeiterversicherung durch den Verband zu gründen. Eine Geschichte des Verbandes wird herausgegeben, wenn das Material dazu gesammelt ist. Zum Schluß dankt Schlüder für die sachliche Aussprache und hofft, daß auch diese Aussprache dem Verband nützen würde. (Lebhafte Beifall.)

Es folgen Abstimmungen über die vorliegenden Anträge. Nach Zurückziehung der Anträge, die eine stärkere Agitation für die Jugendlichen wünschen, werden die meisten Anträge dem Vorstand überwiesen. Zur Verschmelzung mit dem Schmiedeverband wird eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt: Die Generalversammlung erklärt ausdrücklich, daß zu einer Änderung der Organisationsform keine Veranlassung vorliegt, da unter der bestehenden Form die Organisation allen Berufen, dem kleinsten sowohl wie auch dem größten, bisher in jeder Beziehung gerecht werden konnte. Damit ist die Vormittags-Sitzung geschlossen.

Nachmittags-Sitzung.

Ein Antrag auf Anstellung einer Agitatorin in Rheinland-Westfalen wird, nachdem Kollegin Fräulein Gräbom-Berlin und Schlüder für Überweisung an den Vorstand plädiert haben, diesem überwiesen. Dabei wird zugleich befunden, daß der Vorstand der Agitation unter den Arbeiterinnen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden soll.

Eine längere Diskussion entsteht über den zweiten Teil eines Antrages aus Pagen, der den Vorstandsvorsitzenden beauftragt, das Delegationsrecht für die Parteischule voll auszunutzen. Mehrhof (Erfurt) befürwortet den Antrag und wendet sich gegen die in dieser Sache von Schlüder gemachten Ausführungen. Dittmann (Hamburg) befürwortet ebenfalls diesen Antrag. Er verspricht sich von ihm, daß ein besseres Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt werde. Die Gewerkschaftsschule sei mit ihrem jetzigen Unterrichtsprogramm unzulänglich für eine Ausbildung der Schüler. Er wünsche eine Verschmelzung der Parteischule mit der Gewerkschaftsschule. Nachdem noch Redner für und gegen den Antrag gesprochen, wird der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 145 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Einem Antrage, Berichterstatter der Parteipresse zur Generalversammlung zuzulassen und ihnen das nötige Material zu geben und einen Platz anzuweisen, wurde zugestimmt. Cohen hatte ihn als gegenstandslos erklärt.

Nachdem folgt eine längere Debatte über die Anträge Warmen und Halle a. S., die für Arbeitsruhe am ersten Mai eintreten. Die Diskussion hierüber wird morgen fortgesetzt, da um 4 Uhr nachmittags Schluß der Sitzung eintritt. (Die Delegierten machen am Nachmittag eine Hafenumsfahrt.)

Mannheim, den 8. Juni 1911.

Vormittags-Sitzung.

In der Vormittags-Sitzung wird zunächst noch kurze Zeit über die Maifeierfrage diskutiert, wobei von einzelnen Rednern darauf hingewiesen wird, daß die Unterhaltungsfrage noch nicht geregelt sei und die neugeschaffenen Fonds nicht ausreichende Mittel zur Unterstützung der Ausgeperrten bieten. In namentlicher Abstimmung wird sodann über einen Antrag Warmen einschließlich eines Zusatzantrages Zernicke (Berlin) abgestimmt, der folgenden Wortlaut hat: „An Unbedacht dessen, daß die Unterhaltungsfrage für die Opfer der Maifeier durch die Beschlässe des Parteitag's und des Gewerkschaftskongresses erledigt ist, wolle die Generalversammlung beschließen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai von den zuständigen Instanzen intensiver als bisher propagiert wird, soweit die übrigen Aufgaben des Verbandes nicht zurückgestellt werden brauchen.“ Die namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrags mit 124 gegen 82 Stimmen. Ein Antrag Halle a. S., der die praktische Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu beschleunigen wünscht, wird ebenfalls abgelehnt.

Abgelehnt werden auch die Anträge, die die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung verlangen und den Verbandsvorstand beauftragen wollen, mit der Generalkommission die Erziehung einer Volks-, Lebens- und Arbeiterversicherung in die Wege zu leiten. Angenommen wird ein Antrag, der den Verbandsvorstand beauftragt, eine Geschichte des Verbandes zu schreiben.

Es folgt die Beratung der Anträge, die das Verbandsorgan betreffen. Es wurde die Schaffung einer technischen Beilage verlangt. Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung will diese Aufgabe dem Zeitgeist zuweisen. Schlüder wendet sich dagegen und wünscht, den Zeitgeist nicht mit mehr sachtechnischen Artikeln zu belasten, sondern ihn in der jetzigen Form weiterentwickeln zu lassen. Ein Redner wünscht, daß der Zeitgeist einem größeren Kollegienkreise unzugänglich gemacht werde. Reichel wendet sich im Namen des Verbandsvorstandes wegen des stärkeren materiellen Aufwandes dagegen und meint, die Mitglieder sollten den Zeitgeist abnormieren. Auch könnten die Verwaltungstellen aus ihren Mitteln eine größere Anzahl Exemplare bestellen. Materiell schlecht gestellten Jahrgängen würde der Verbandsvorstand auf Wunsch soweit entgegenkommen, daß er ihnen eine größere Anzahl Exemplare liefert. Der Antrag auf Schaffung einer technischen Beilage wird abgelehnt, ebenso der Antrag der Redaktion, sie von der Verantwortlichkeit zu entbinden, fernere technische Rundschauen zu bringen. Ein Antrag, den Redaktionsrat für die Metallarbeiter-Zeitung am Montag eintreten zu lassen, wird nach Befürwortung durch die Redaktion angenommen. Ein Inhaltsverzeichnis am Kopfe des Blattes erscheinen zu lassen, wird abgelehnt; das gleiche Schicksal hat ein Antrag, womöglich eine Übersetzung von Fremdwörtern zu bringen. Der Antrag, der die Redaktion verpflichten sollte, Artikel über die schädlichen Wirkungen des Alkohols zu bringen, wird abgelehnt. Ferner wird abgelehnt, daß die Redaktion bei Berichten über die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage lediglich Berichte über den Gang der Verhandlungen bringen soll.

Dem Antrag, einen Bericht über das Geschäft Alexander Schlüder & Co. zu geben, wird in einer Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit nachgegeben werden.

Hierauf tritt die Generalversammlung in die Beratung der Anträge zum Verbandsrat

ein. Schon eine Woche vor Beginn der Generalversammlung ist eine aus dem Kreise der Delegierten gewählte Kommission zur Vorbereitung der vorliegenden 276 Anträge zum Statut zusammengetreten. Das Ergebnis dieser Beratung liegt der Generalversammlung in einem 24 Seiten starken gedruckten Bericht vor.

Ein der wichtigsten Anträge ist der auf Erhöhung der Beiträge. Der Verband hat seit der vorletzten Generalversammlung — also seit vier Jahren — keine Beitragserhöhung mehr vorgenommen und auf seiner letzten Tagung nur die Unterhaltungsleistungen reguliert.

Der Vorstand schlägt vor, die Beiträge für männliche Mitglieder von 60 g auf 70 g und für weibliche und jugendliche Mitglieder von 25 g auf 30 g zu erhöhen. Der Antrag entspringt der Meinung, der Hauptzweck mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, und er wird vom Vorstand wie folgt begründet: Eine Erhöhung der Beiträge der Mitglieder ergibt sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre, in denen die Anforderungen an den Verband ganz bedeutend gewachsen sind. Sowohl die Zeiten guten und normalen Geschäftsganges sowie auch die Zeiten der Krise haben dies erkennen lassen. In Zeiten des letzten Geschäftsjahres konnte der Verband keinerlei erste

Schritte zur Verbesserung der Lage seiner Mitglieder in Aussicht nehmen, ohne mit Weiterungen rechnen zu müssen, die seine finanzielle Kraft über Gebühr in Anspruch nehmen, und zu Zeiten der Krise nahmen die Unterhaltungen den Verband sehr stark in Anspruch. Ein Versuch dieser Art würde nicht nur eine moralische, sondern auch eine materielle Schwächung des Verbandes nach sich ziehen. In einem wie im anderen Falle wäre eine starke Beeinträchtigung der Fähigkeit der Organisation zu ihrer wichtigsten Aufgabe die Folge. Die wichtigste Aufgabe bleibt aber die Hebung der Lage der Mitglieder, die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Ihr kann der Verband nur gerecht werden, wenn er finanziell und an Mitgliedern hinreichend stark dasteht. Wäre es dem Verband nicht gelungen, aus der äußersten Krise ungeschwächt an Mitgliedern hervorzugehen, so hätte er in den vielen Fällen, wo er die ihm günstige Zeit zu Lohnbewegungen ausnützte, kaum eine so große Anzahl ohne jeden Kampf mit Erfolg beenden können. Und auch kaum wäre es ihm gelungen, selbst in Kämpfen mit ungleichen Waffen noch Erfolge zu erzielen.

Diese Begründung erkennt auch die Generalversammlung an. Prinzipiell wird von keinem der Redner gegen eine Erhöhung der Beiträge gesprochen.

Neben der Beitragserhöhung spielt namentlich die Frage der Staffelung der Beiträge eine Rolle. Diese Frage hat den Verband schon auf zwei Generalversammlungen beschäftigt. Durch seinen Antrag auf Erhöhung der Verbandsbeiträge gibt der Verbandsvorstand zu erkennen, daß er die Einführung klassifizierter Beiträge ablehnt. Der Vorstand steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Einführung solcher Beiträge — entweder nach der Lohnhöhe individuell (freie Klassenwahl) oder nach Lohngebieten generell abgestuft (zwangweise Einreihung der Mitglieder in die ihrem Lohn entsprechende Beitragsklasse) — im Verband nicht nur undurchführbar, sondern auch im Hinblick auf den mit den klassifizierten Beiträgen verfolgten Zweck nicht besonders dringend ist. Die Heranziehung der schlecht entlohnenden und jugendlichen Arbeiter kann jetzt schon durch die niedrige Beitragsklasse geschehen. Die zur Vorbereitung des Statuts gewählte Kommission hat sich mit 7 gegen 2 Stimmen (2 Mitglieder fehlten) dieser Auffassung des Vorstandes angeschlossen. Welches Interesse der Frage der Staffelbeiträge entgegengebracht wird, zeigt nach Eröffnung der Diskussion der Sturm auf die Rednertribüne. Zunächst kommen nur Befürworter der Staffelbeiträge zum Wort.

Die Sitzung wird um 12 Uhr geschlossen. Die Delegierten machen am Nachmittag einen Ausflug in die Pfalz. Am Freitag wird außer der Tagesitzung wahrscheinlich eine Abend- und auch eine Nachtsitzung abgehalten werden.

Mannheim, den 9. Juni 1911.

Vormittags-Sitzung.

Nach Fortführung der Debatte über die Staffelbeiträge und die Beitragserhöhung, in der unter anderem auch zum Ausdruck kommt, daß durch die vom Vorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung keine durchgreifende Finanzierung geschaffen werde, gelangt ein Schlußantrag zur Annahme. Pawlowitsch als Berichterstatter der Kommission erklärt in seinem Schlußwort unter anderem noch, daß die Einführung der Staffelbeiträge nicht in Rücksicht auf die Gewinnung der Hüttenarbeiter geschehen könne, denn diese gehörten nicht zu den schlecht entlohnenden Arbeitern.

Da auch Anträge auf Vornahme einer Urabstimmung über die Staffelbeiträge und die Beitragserhöhung vorliegen, so kommen diese zunächst zur Abstimmung. Sie werden abgelehnt und somit wird die Generalversammlung als entscheidende Instanz dafür erachtet. In namentlicher Abstimmung wird die Einführung der Staffelbeiträge mit 116 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Zur Einführung der Staffelbeiträge hätte es einer Zweidrittelmajorität bedurft. Ein Antrag Berlin, der besagt, daß für Mitglieder, die sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, der Beitrag auf 60 g festgesetzt werden kann, und zwar auf Beschluß der Bezirksleitung und des Vorstandes, erhält die Zweidrittelmajorität; er wurde mit 140 gegen 61 Stimmen angenommen.

In einer weiteren Abstimmung erklärt sich die Generalversammlung mit allen gegen 5 Stimmen grundsätzlich für eine Erhöhung der Beiträge und ferner für die Beibehaltung der jetzigen Bestimmungen. Damit wird der Antrag, einen besonderen Kampffonds zu gründen, als erledigt betrachtet.

Diese Beschlässe werden nunmehr der Statutenberatungskommission überwiesen und die Beratung des Statuts wird einstweilen ausgesetzt, bis die Kommission in der Lage ist, weiteren Bericht erstatten zu können.

Es folgt das Referat über:

Die Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie.

Der Referent Cohen gibt an der Hand eines sehr reichhaltigen Materials eine authentische Darstellung von den Praktiken der Unternehmernachweise in der Metallindustrie. Aus Protokollen der Unternehmernachweise bringt der Referent Äußerungen zum Vortrag, die beweisen, in wie rigoroser Weise die Unternehmernachweise als Maßregelungsbureau gegen die Arbeiter Anwendung finden. Besonders trüb sind folgende Fälle hervor, in denen gezeigt wird, wie wegen den größten Wichtigkeiten Arbeiter auf die schwarze Liste kommen. In einem Falle sollte dem Portier des Nachweises sein Frühstücksbrot abhanden gekommen sein. Der Nachweise verlangte von den 32 im Arbeitsnachweis anwesenden Personen, den angeblichen Dieb zu nennen. Da das nicht geschah, wurden diese sämtlichen Personen auf die schwarze Liste gesetzt. Die Namen der Streikposten läßt ein Arbeitsnachweiseleiter durch die Polizei feststellen und somit kommen auch diese auf die schwarze Liste. Der Bruder eines Unternehmerrates des Verbandes wurde monatelang in der schwarzen Liste geführt, weil er irrtümlich mit seinem Bruder verwechselt wurde.

Die Unternehmernachweise leugnen stets, daß sie von diesen Praktiken Kenntnis hätten. Es sei ihm (Cohen) ein Zirkular bekannt geworden, worin angefragt wurde, welche Arbeiter die Unternehmer haben wollten, ob Christliche, Eisch-Dunderliche oder Gelbe. Ob die Unternehmer besondere Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter stellen dürfen, die von dem Unternehmernachweise vermittelt werden, wird in dem Zirkular nicht erwähnt, so daß man darauf schließen darf, daß auch hier nicht die Fähigkeiten des Arbeiters in seinem Beruf, sondern seine Gesinnung bei der Vermittlung ausschlaggebend ist.

Das neueste auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie sei aber die Errichtung von gelben Arbeitsnachweisen. Die Berliner Vereinigung der Metallwarenfabrikanten habe eine Arbeitslosenunterstützung für die gelben Arbeiter eingeführt. Bei Streiks sollen natürlich diese gelben Arbeiter als Streikbrecher vermittelt werden, wenn sie sich dessen weigern, wird ihnen die Unterstützung entzogen werden; auch würde damit bedroht, daß Arbeiter, die nicht dem gelben Verein angehören, insofern zurückgesetzt werden, als ja die Arbeitsnachweise dieser Vereinigung die Arbeitslosenunterstützung beziehenden Gelben in erster Linie berücksichtigen, um die Arbeitslosenunterstützungskasse der Fabrikanten zu entlasten. Diese Art von Arbeitsvermittlung bedeutet also wiederum: eine große Gefahr für alle ehrlichen Arbeiter.

Zur Bekämpfung dieser Mißstände sei empfohlen worden, sich an die Regierung zu wenden. Er verspreche sich davon wenig Erfolg. Der Regierung seien diese Standdallenen Vorgänge doch bekannt, sie seien gewissermaßen Mitwisser dieser Schandakten gegen die Arbeiter. Nur die eigene Kraft der organisierten Arbeiter könne hier helfen. Es müßte der ernsthafte Versuch gemacht werden, die eigenen Arbeitsnachweise der Organisation zu fördern und auszubauen und auf sie des öfteren Unternehmer und Arbeiter hinzuweisen. In Berlin habe das den Erfolg gehabt, daß die Zahl der vermittelten Stellen von 1700 auf etwa 10000 gestiegen ist. Die Arbeiter müssen bei der Arbeitsvermittlung ein Mitbestimmungs- und Mitverwaltungsrecht haben.

Cohen legt folgende Resolution vor:

„Die X. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt:

Die Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie, die heute noch vollständig planlos erfolgt, bedarf dringend der Regelung.

Als gute Ansätze zur Erzielung praktischer Einrichtungen für die Arbeitsvermittlung können trotz mancher ihnen heute noch anhaftender Mängel paritätische Arbeitsnachweise angesehen werden, wie sie bereits von einer Reihe von Stadtgemeinden errichtet worden sind, und wie sie in verschiedenen korporativen Arbeitsverträgen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation Anwendung gefunden haben.

Unzureichend und unpraktisch ist das sogenannte Umschauen und die private Vermittlung unter der Hand sowie durch Zeitungsinserate. Entschieden bekämpft müssen alle Einrichtungen werden, die als sogenannte Arbeitgebernachweise nur dem Namen nach Arbeitsnachweise sind. Diese Arbeitgebernachweise sind nicht zum Zwecke der Arbeitsvermittlung errichtet, ihre Aufgabe ist vielmehr, wie von ihren Gründern und Befürwortern selbst häufig zugestanden wurde, rücksichtslose Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Die Arbeitgebernachweise sind, wie sich das in Mannheim-Ludwigshafen, Lüdenscheid, Leipzig, Hagen, Hamburg, Berlin und vielen anderen Orten gezeigt hat, eine ständige Gefahr für das Gemeinwohl, sie sind der Unternehmerrrortismus in Permanenz. Der Kampf gegen diese Einrichtungen ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Arbeiterorganisationen.

Die Versammlung fordert zur Beseitigung der zutage tretenden Mißstände wirksame gesetzliche Maßnahmen.

Dem Mißbrauch, der mit den Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber durch diese und ihre Angestellten getrieben wird, kann nur begegnet werden durch eine ausreichende Mitkontrolle und Mitverwaltung durch die Arbeiter.

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des weiteren, mit dem Beirat gemeinsam die Schritte zu beraten, die notwendig sind und durch die Kraft der Organisation möglich sind, um die Frage des Arbeitsnachweises im Interesse der Metallarbeiter zu regeln.

Vor Schluß der Vormittags-Sitzung hielt noch der Vertreter des englischen Messingarbeiterverbandes, Davis, der erst jetzt eintraf, eine Begrüßungsansprache.

Nachmittags-Sitzung.

In der Diskussion tritt allgemein ein Einverständnis mit den Ansichten Cohen's hervor. Ein Zusatzantrag Demmer (Wiesbaden), der von den Gemeindeverwaltungen die Einführung paritätischer Arbeitsnachweise fordert, wird in der Diskussion allgemein bekämpft. Severing (Wiesfeld) meint, daß Cohen die Wichtigkeit des gesetzlichen Einschreitens gegen die Unternehmernachweise unterschätzt habe. Er verweise sich davon auch nicht viel, aber dem alleinigen Vertrauen auf die Selbsthilfe der Gewerkschaften stehe er doch etwas skeptisch gegenüber. Er erinnere an die Arbeitsnachweise in der Bergindustrie. Damit wolle er aber nicht gelagt haben, daß wir nicht den äußersten Widerstand gegen die Praktiken der Unternehmernachweise leisten sollen. Das Eine tun und das Andere nicht lassen, müsse die Devise sein. Die Forderung auf eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung sei auch schon deswegen notwendig, weil mit der Arbeitsvermittlung auch noch andere Probleme in Zusammenhang stehen, so die Arbeitslosenunterstützung durch den Staat und die Kommune. Die Regierung gebe jetzt schon Mittel dafür her, wenn auch nicht in ausreichendem Maße. Die Resolution Cohen würde auch die Veranlassung geben, daß sich die Gewerkschaften mit dieser Frage wieder beschäftigen und den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Der Beschluß des Frankfurter Gewerkschafts-Kongresses vom Jahre 1899 entspreche nicht mehr der Zeit.

Nachdem noch Schlöde und einige andere Redner für die Resolution Cohen gesprochen haben, erhält Cohen das Schlusswort. Nachdem wird der Zusatzantrag Demmer abgelehnt, die Resolution Cohen einstimmig angenommen.

Sodann setzt eine große Debatte ein über die Anfrage der Statutenberatungskommission, die Klarheit darüber verlangt, wie nach Annahme des Antrages Berlin die Unterstützungen bestimmt werden sollen. In der Abstimmung wird sodann festgestellt, daß die Unterstützungen nicht herabgesetzt werden sollen bei dem zu lässigen Beitrag von 60 %, daß sie also die gleichen bleiben sollen wie bei dem Beitrag von 70 %. Nach dieser Abstimmung wird die Statutenberatungskommission die Sache erneut behandeln und prüfen. Es folgt hierauf der Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress.

zu dem Schlöde kurz referiert. Der Redner spricht zu dem Punkt der Tagesordnung, der das Koalitionsrecht in Deutschland betrifft. Durch den Borentwurf zum Strafgesetzbuch sei eine weitere Verschärfung des Koalitionsrechtes beabsichtigt. Dagegen Front zu machen, habe die gesamte Arbeiterchaft ein großes Interesse. Die zu der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses gestellten Anträge bitte er zum Teil den Delegierten zur Vertretung zu überweisen, zum Teil dem Verbandsvorstand. Bei der letzten Bauarbeiterausperrung habe er schon in der Vorstandskonferenz beantragt, daß die Sammlungen für außerordentliche Kämpfe nicht mehr wie bisher erfolgen sollen, sondern daß es notwendig sei, um zahlenmäßig die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gewerkschaften festzustellen und einen Überblick zu haben über das, was zur Unterstützung vorausgibt werden kann, die Mittel hierzu durch bestimmte Beiträge in den verschiedenen Zentralverbänden aufzubringen. (Zustimmung.) Bisher sind es immer unsere Kollegen gewesen, die den Löwenanteil an der Aufbringung dieser Mittel hatten. Wir freuen uns darüber, wünschen aber, daß dieses Beispiel etwas ermunternd auf andere Gewerkschaften wirken möge. Deshalb unterstütze er den von Berlin und Götting gestellten Antrag. In der Diskussion begründet Cohen (Berlin) auch diesen Antrag. Andere Redner erklären sich mit der bisherigen Regelung der Grenzstreitigkeiten unzufrieden und verlangen, daß diese der Gewerkschaftskongress anders regeln möge. — Mett (Hamburg) kritisiert, daß der Vorstand nicht öffentlich Einspruch erhoben habe gegen einen Artikel des Korrespondenzblattes, der anlässlich der Hamburger Streitigkeiten erschienen ist; die Hamburger Mitgliedschaft sei darin sehr herabgesetzt worden. Daraus erklärt Schlöde im Schlusswort, daß die Hamburger Delegierten auf dem Gewerkschaftskongress ja dazu Gelegenheit hätten. In der Abstimmung wird den Vorschlag Schlödes entsprechend verfahren. — Um 6 Uhr tritt Schluß der Sitzung ein, um 7 1/2 Uhr beginnt eine Abend-Sitzung.

Abend-Sitzung.

Die Sitzung, die bis 11 Uhr abends dauert, wird völlig ausgefüllt mit der Erledigung von Beschlüssen. Die Vorsitzenden der beiden Kommissionen berichten über die Entscheidungen der Kommission. Es handelt sich um die Beschwerden, bei denen Vorstand und Ausschuss sich nicht einigten, weshalb nun die Generalversammlung zur Entscheidung angerufen wird. Bei der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um die Auslegung des Statuts; sie haben im allgemeinen kein öffentliches Interesse.

Von allgemeinem Interesse ist die Entscheidung in der Angelegenheit der bei der Bauarbeiterbewegung mitausgesperrten Metallarbeiter. Der Vorstand hatte auch ursprünglich Bedenken, seinen Mitgliedern analog den Beschlüssen der Bauarbeiter für die ersten 14 Tage Unterstützung nicht zu zahlen. Er entschied sich aber später dafür. Der Ausschuss dagegen stellte sich auf dem Standpunkt, daß auch hierbei die Bestimmungen des Statuts in Anwendung zu bringen seien und den ausgesperrten Kollegen vom ersten Tage der Aussperrung an die Streikunterstützung gezahlt werden müsse. Die Generalversammlung entschied sich für die Ansicht des Vorstandes. — Die Zahlreiche Remiseid hatte drei Kandidaten zum Gewerkschaftskongress vorgeschlagen. Da nach dem dafür bestehenden Reglement des Verbandes nur ein Kandidat vorgeschlagen werden darf, so wurde die Wahlstellung der Kandidaten auch von der Generalversammlung für ungültig erklärt. — In Hagen wurde durch Birkular der Kandidat zum Gewerkschaftskongress besonders zur Wahl empfohlen. Das wurde als unzulässige Agitation betrachtet und von allen Instanzen für unzulässig erklärt. — Hamburg verlangte die Zurückzahlung der Kosten für ein Flugblatt, das seinerzeit zu der Versammlung einlud, die vom Vorstand inhibiert wurde und deshalb nicht stattfand. Die Generalversammlung entschied sich für Ablehnung der Übernahme der Kosten auf die Hauptkassse. — Eine Beschwerde, daß bei Aussehen wegen Kesselreinigen Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden soll, wird abgelehnt mit

der Begründung, daß auch bei Inventuren keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werde. — Auch die Bezahlung von Unterstüttung für Aussehen an den dritten Feiertagen bei hohen Festen wird abgelehnt.

Mannheim, den 10. Juni 1911.

Vormittags-Sitzung.

Die Generalversammlung tritt in die Spezialberatung des Statuts

ein. Ein Antrag auf Erhöhung des Beitrittsgebües wird abgelehnt. Der von Berlin gestellte Antrag, für Mitglieder, die sich in schlechter wirtschaftlicher Lage befinden, den Beitrag auf 60 % festzusetzen, war der Statutenberatungskommission überwiesen worden. Die Kommission kam zu der Ansicht, daß die Annahme dieses Antrages eine Reihe von Schwierigkeiten und Mißbilligkeiten im Gefolge haben würde, hatte jedoch dem Wunsche der Generalversammlung entsprechend eine Vorlage ausgearbeitet.

Die Generalversammlung schloß sich nach längerer Debatte der Ansicht der Statutenberatungskommission an und lehnte den Antrag Berlin ab.

In namentlicher Abstimmung wird darauf eine Beitrags-erhöhung von 60 % auf 70 % für männliche Mitglieder und von 25 % auf 30 % für weibliche und jugendliche Mitglieder beschlossen. Die Abstimmung ergibt 189 Stimmen dafür und 40 Stimmen dagegen. Von den 36 Berliner Delegierten stimmten allein 19 gegen die Beitrags-erhöhung. Im Prinzip war einer Beitrags-erhöhung schon in der gestrigen Sitzung mit allen gegen 5 Stimmen zugestimmt worden.

Da die Generalversammlung sich in prinzipieller Abstimmung gegen jede Erweiterung der Unterstüttungen erklärt hatte, waren die zahlreichen hierzu gestellten Anträge gegenstandslos. Eine weitere große Anzahl von Anträgen wird abgelehnt; die Annahme weniger Anträge ist von untergeordneter Natur, das Statut wird dadurch nur wenig verändert. Bei Beginn der

Nachmittags-Sitzung

schlägt zunächst die Rechnungskommission auf Grund eines Antrags aus den Reihen der Delegierten vor, die Diäten anders zu regeln. Die Rechnungskommission ist der Ansicht, daß eine Erhöhung der Diäten als gerechtfertigt angesehen werden muß, zumal in Anbetracht der Feuerungsverhältnisse. Die Kommission beantragt eine Erhöhung der Diäten von 9 auf 12 M (ausschließlich der Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst) für Delegierten zur Generalversammlung und zum Gewerkschaftskongress. Nachdem in der Diskussion fast ausschließlich gegen die Erhöhung gesprochen wird, wird der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Darauf wird die Beratung des Statuts fortgesetzt. Ein Antrag des Vorstandes:

„Bei Aussperrungen, deren Unterstüttung infolge ihres Umfanges nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, kann auf Beschluß des Vorstandes die Unterstüttung für die ersten beiden Wochen ganz in Wegfall kommen und für die folgende Zeit herabgesetzt werden“

wird von der Statutenberatungskommission zur Annahme empfohlen. Der Antrag wird jedoch mit 110 gegen 99 Stimmen abgelehnt. Die Generalversammlung erklärt aber dazu folgendes:

„Die Generalversammlung billigt die vom Vorstand aus Anlaß der im Vorjahr angebrohten Gesamtausperrung der Metallarbeiter getroffenen Maßnahmen, insbesondere den Beschluß, daß für die ersten vierzehn Tage der Aussperrung keine Unterstüttung bezahlt werden sollte.“

In Erkenntnis der Tatsache, daß sich die wirtschaftlichen Kämpfe nicht nur mehren, sondern auch in ihrem Umfang immer mehr ausdehnen werden, erklärt die Generalversammlung:

Bei Aussperrungen, deren Abwehr infolge ihres Umfanges nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, kann der Vorstand nach Anhörung von Vertretern der Verwaltungstellen, die in den einzelnen Bezirken aufzutreten, die Unterstüttung für die ersten beiden Wochen aufheben und, wenn erforderlich, für die folgende Zeit herabsetzen.“

Bezirkskonferenzen sollen nach einem Beschluß der Generalversammlung jetzt nur noch abgehalten werden, wenn sie zu Erörterung taktischer Fragen und zur Erleichterung der Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse dienen; nach den bisherigen Bestimmungen mußten vor jeder ordentlichen Generalversammlung Bezirkskonferenzen abgehalten werden.

Ein Antrag Berlin, nach dem die örtlichen Angestellten sich alljährlich in Mitgliederversammlungen zur Neuwahl stellen sollten, wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Für örtliche Zwecke und für die Entschädigung der Ortsverwaltungen wollte der Vorstand den Verwaltungen nur 10 % vom Beitrag belassen. Die Statutenberatungskommission schlägt vor, 12 % vom Beitrag der männlichen Mitglieder und 5 % vom Beitrag der weiblichen und jugendlichen Mitglieder zur Verfügung zu lassen. (Wähler durften 20 Prozent der Beiträge am Orte bleiben.) Die Entschädigung der Ortsverwaltung soll künftig nur ein Viertel des für örtliche Zwecke verfügbaren Beitragsanteils beanspruchen. Wenn der angegebene Beitragsanteil am Ort nicht gebraucht wird, soll er der Hauptkassse eingekassiert werden. Der Antrag wurde angenommen.

Ein Antrag der Rechnungskommission, die Diäten für die zukünftigen Generalversammlungen zu erhöhen, wird abgelehnt, dagegen wird beschlossen, daß bei den Diäten auch eine über 6 M hinausgehende Verdienstembuße entschädigt werden kann, jedoch aus Mitteln der Lokalkassen.

Anträge, die verlangen, daß bei Streiks den Ortsverwaltungen das Entscheidungsrecht übertragen wird, werden abgelehnt. Nach den jetzigen Bestimmungen kann der Vorstand den Verwaltungstellen mit mehr als 3000 Mitgliedern dieses Recht erteilen. (Der Wortlaut der Statutenänderungen etc. wird noch besonders bekannt gemacht.)

Das gesamte Statut wird einstimmig angenommen, es tritt am 1. Juli dieses Jahres in Kraft. — Es folgt die Wahl des Zentralvorstandes, Ausschusses und der Redaktion.

Die Wahl erfolgt (da Widerspruch nicht erhoben wird) durch Affirmation. Einstimmig werden wiedergewählt: als 1. Vorsitzender A. Schlöde, als 2. Vorsitzender G. Reichel, als Kassierer Th. Werner, als Sekretär R. Maffittsch, als Ausschussvorsitzender R. Weipig, als 2. Vorsitzender F. Siegel, als Redakteure der Metallarbeiter-Zeitung Joh. Schörm und A. Düff.

Der Antrag, eine Kommission zu wählen, die der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zur Einführung einer weiteren Beitragsklasse unterbreiten soll, wird von Schlöde bekämpft mit der Motivierung, daß eine ständige Besprechung dieser Frage die Mitglieder nur beunruhigt. Der Antrag wird abgelehnt. Mit überzogener Mehrheit wird auch ein Antrag abgelehnt, der die Angestellten generell verpflichten will, bei großen Kämpfen einen Teil ihres Gehaltes der Hauptkassse zu überweisen.

Als Tagungsort der nächsten Generalversammlung wird Breslau bestimmt. Ein Antrag, die Generalversammlungen künftig nicht mehr in der Pfingstwoche, sondern später stattfinden zu lassen, wird angenommen. Darauf gibt der Hauptkassier in geschlossener Sitzung einen Bericht über den Stand des Druckereigeschäfts der Firma A. Schlöde & Co.

Dem Ausschuss wird für seine Tätigkeit eine Entschädigung von 700 M gewährt. — Ein Vorschlag der Rechnungskommission, allen Angestellten eine Gehaltszulage zu gewähren, und zwar in Höhe von 10 Prozent, wird abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag, diese Zulage nur den Angestellten zu bewilligen, die unter 3000 M Gehalt haben. Weiter wird ein Antrag, das Höchstgehalt der Bezirksleiter auf 3600 M zu erhöhen, abgelehnt, ferner ein Antrag, die Angestellten der Zahlstellen mit über 30000 Mitgliedern im Gehalt den Vorstandsmitgliedern gleichzustellen. Beschlossen wird, die Lokalverwaltungen zu verpflichten, die Gehalte der Unterstüttungskassierer aufzubessern. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden Cohen wird die Generalversammlung nach 9 Uhr geschlossen.

Lohnbewegung der Formner und Gießereihilfsarbeiter im pommerschen Industriegebiet.

Wie in Nr. 23 mitgeteilt worden ist, haben die Formner und Gießereiarbeiter, zum Teil auch in den betreffenden Betrieben beschäftigten Schlosser, Dreher etc. in Torgelow, Uckermark, Pommern, Prenzlaw, Wolgast und Stargard Forderungen an die Unternehmer gestellt. Die Forderungen nebst Begründung sind dem Verein der Eisen- und Stahlwerke Pommerns und der „Marx“ und der Untergruppe Torgelow eingereicht worden, gleichzeitig auch allen 28 Gießereibetrieben (darunter zwei Aktiengesellschaften: Panzer in Wolgast und Vereinigte Metallwarenfabriken, A.-G., Torgelow). Die Forderungen lauten:

A. Allgemeine Arbeitsbedingungen.

1. Einführung der täglich 9 1/2 stündigen Arbeitszeit mit der Maßgabe, daß allen stündig in Stundenlohn beschäftigten Handwerkern (Formnern, Schlossern, Drehern, Schmieden etc.) sowie allen Hilfsarbeitern, die ständig in Lohn arbeiten, derselbe Tagesverdienst wie früher bei 10 stündiger Arbeitszeit gewährt wird.

2. Möglichste Verminderung der Ueberstunden und Bezahlung derselben mit einem Aufschlag von 25 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn oder Akkordverdienst, wenn die Ueberstunden seitens der Betriebsleitung angeordnet werden.

3. Regelung der Akkordarbeit in der Weise, daß

- a) der Akkordpreis dem Arbeiter vor Uebernahme jeder Arbeit durch Ausstellung von Akkordzetteln mitgeteilt, und der von den Arbeitern verdiente Betrag voll ausbezahlt wird;
- b) der einmal festgesetzte Akkordpreis nur dann einer Revision unterzogen wird, wenn dies durch Veränderungen der Arbeitsmethode oder der Arbeit selbst bedingt wird;
- c) daß der bisherige, von den Arbeitern der betreffenden Branche (Handformner, Rohrformner, Plattenformner, Maschinenformner) durchschnittlich erzielte Verdienst in den Fällen gewährleistet wird, wo ein Arbeiter ohne sein Verschulden bei Ausführung einer Arbeit zu einem neu festgesetzten oder revidierten Akkordpreis den durchschnittlichen Verdienst nicht zu erreichen vermag. Zu diesem Zwecke wird ein Stundenlohn für die Formner und Gießereiarbeiter den obigen Grundätzen entsprechend festgelegt, der in den angegebenen Fällen gezahlt wird;
- d) die Feststellung des Akkordverdienstes für die Lohnperiode durch Bücher oder sonstige Ausweise soll so zeitig erfolgen und den Arbeitern vorgelegt werden, daß noch vor Beginn der Lohnzahlung Reklamationen angebracht werden können.

4. Regelung der Ausschussfrage.

- a) Entschädigung der Formner bei Fehlgang in voller Höhe des Akkordpreises.
- b) Einsetzung einer paritätischen Kommission aus einer Vertretung der Betriebsleitung und der Formner, die in Zweifelsfällen entscheidet. Die Vertreter der Formner in dieser Kommission werden von den Formnern selbst gewählt.
- c) Gewährung der Möglichkeit für die betreffenden Formner und die Kommission, sich durch Augenschein an dem Arbeitsstück vom Sachverhalt zu überzeugen.

5. Schaffung genügender Betriebssicherheit nach den Anforderungen der Gewerbeordnung durch

- a) Anschaffung genügender Kran- und Hebewerkzeuge,
- b) Anschaffung genügender Betriebswerkzeuge (Vormasten, Stifte etc.),
- c) Stellung einer genügenden Zahl von Hilfsarbeitern,
- d) Anschaffung genügender Heizungs- und Lüftungsanlagen in den Gießereiräumen,
- e) ausreichende Beleuchtung, Schutzvorrichtungen, Maschinengefährdung, Garderobenschränke und Bedürfnisanstalten.

6. Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet gegenseitig nicht statt.

7. Die Lohnzahlung findet jede Woche am Freitag statt.

8. Einsetzung eines Arbeiterausschusses für jeden Betrieb, der von den Arbeitern allein in freier Wahl nach dem Proportionalprinzip gewählt wird. Dieser Ausschuss hat bei allen Arbeitsdifferenzen, insbesondere bei Streitigkeiten betreffend Preisfestsetzungen, Entlassungen, Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit etc. die Wünsche der Arbeiter den Betriebsleitungen zu unterbreiten und nach allen Richtungen die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

B. Verbesserung des Arbeitsverdienstes.

1. Außer dem Aufschlag zum Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit wird ein Aufschlag von 3 % pro Stunde für diejenigen stündig in Lohn arbeitenden Handwerker und Hilfsarbeiter bezahlt, die zurzeit 30 % und weniger Stundenlohn haben, und 2 % pro Stunde für solche, die zurzeit 31 % und mehr Stundenlohn haben. Die so erzielten Löhne sollen als Grundlage für Einführung von Einstellungslohnen dienen.

2. Aufbesserung der Akkordpreise für diejenigen Arbeiter, die den Durchschnitt des für die betreffende Branche allgemein erzielten Arbeitsverdienstes nicht ergeben. Hierfür werden Einzelvorschläge für jede Branche und für jeden Betrieb seitens der beteiligten Arbeiter gemacht werden.

Zur Begründung wurde angeführt:

1. Die Einführung einer regelmäßigen Arbeitszeit für die Eisenwerke in Pommern wird schon seit langer Zeit als ein allgemeines Bedürfnis empfunden. Es mag zwar Arbeiter geben, die sich dem noch verschließen, die nicht verstehen, daß sie durch überlanges Arbeiten sich selbst schädigen, ohne den Unternehmern einen Nutzen zu bringen, so gut wie vielleicht einzelne Herren der Unternehmung sich über die Wirkung einer Verkürzung der Arbeitszeit täuschen. Jedoch ist heute fast von der Gesamtheit der deutschen Industriellen anerkannt, daß längere als 10 stündige Arbeitszeit der Industrie nicht den geringsten Nutzen bringt, wohl aber die Arbeitsleistung bei 9 stündiger Arbeitszeit hinter der bei 10 stündiger nicht zurückbleibt. Daß dann an den allgemeinen Unkosten noch Ersparnisse gemacht werden, versteht sich am Rande. In einigen Orten Pommerns herrscht jedoch eine derartige Regellosigkeit, daß es als ein Gebot der Notwendigkeit erscheint, hier Wandel zu schaffen. Daß die Löhne bei der Verkürzung der Arbeitszeit derselben Tagesverdienst ergeben sollen, ist für die stündig in Lohn beschäftigten Arbeiter eine aus ihrer wirtschaftlichen Lage erwachsende Notwendigkeit.

2. Geht man zu einer Regelung der Arbeitszeit über, so ist es eine vollkommen logische Folge, daß auch die Ueberstunden vermieden werden müssen, denn sonst würde durch regelmäßige Ueberarbeit die ganze Wirkung, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit bezweckt wird, wieder aufgehoben werden. Es muß also als weitere Folge irgend eine Maßnahme getroffen werden, die dem Ueberstundenwesen entgegenwirkt. Dazu ist allgemein als das richtige anerkannt, die Höherbezahlung der Ueberstunden einzuführen. Damit soll nicht etwa den Arbeitern eine Prämie auf Ueberzeitarbeit gegeben werden, sondern die Herren Unternehmer sollen benachteiligt werden, jeden Arbeiter, der die 9 1/2 stündige Arbeitszeit überschreitet, einfach den Betrieb zu verbieten, sofern sie nicht selbst Ueberzeitarbeit anordnen. Daher muß auch notwendigerweise die Höherbezahlung auf die Akkordarbeit ausgedehnt werden, denn sonst würde den Ueberzeitarbeit dieser Bestimmung Tor und Tür geöffnet werden, ja sie würde, weil die Akkordarbeit weitaus überwiegt, so gut wie aufgehoben werden.

3. Die Akkordarbeit gibt bei der jetzigen Art der Festsetzung neuer Akkordpreise und bei den nur zu häufig vorgekommenen Akkordreduzierungen Anlaß zu ständigen Differenzen der Unternehmer mit ihren Arbeitern. Das läßt sich nach unserer Auffassung nur dadurch beseitigen, daß ein gewisser Mindestverdienst für einzelne Spezialarbeiten (Handformner, Maschinenformner, Rohrformner, Plattenformner) festgelegt wird. Die Herren Unternehmer haben dann bei der Kalkulation ziemlich einfache Arbeit, und durch den Umstand, daß die Herren in ihrem Kreise sich über diesen Mindestverdienst einigen könnten, auch dazu beitragen werden, die Schmutzkonkurrenz

gerufen. 10 Mann hoch haben sie den Betrieb besetzt. Ihr Hauptling kam andern Tages im Automobil in gelben Schuhen und Panamahut dahinterher. Sogar ein Melkchen hatte man sich mitgebracht, das mit ihrem Getreuen in einer Parade neben dem Herdessaal kampiert. Die Arbeiter sehen der Sache mit Ruhe entgegen. Herr Geiger wird schnell genug ein gelindes Gtauen bekommen von den Geistern, die er tief. Er wird froh sein, wenn er seine alten, eingearbeiteten Leute wieder hat. Diese sind durch derartig zusammengekauftenes Volk nicht zu ersetzen.

Leipzig. Die in den Metallgießereien beschäftigten Formner, Kernmacher und Gießereiarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die aufgestellten Forderungen wurden vom Bevollmächtigten F. Romm in gutbesuchter Versammlung des näheren begründet und die Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von den Versammelten einstimmig beauftragt, diese Forderungen den Unternehmern unverzüglich zu übermitteln, was unterdessen schon geschehen ist. Die Antwort der Unternehmer wurde bis zum 24. Mai erwartet. Gefordert wurde der Abschluß eines Tarifvertrages, nach welchem die tägliche Arbeitszeit nicht über neun Stunden betragen darf. Des weiteren wurden für alle Berufsgruppen Mindestlöhne und auf die bisherigen Löhne ein Zuschlag von 10 Prozent gefordert. Für die ersten zwei Ueberstunden wurde ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 50 Prozent gefordert. Der Tarif enthält noch eine Reihe weiterer Forderungen, die für die Allgemeinheit weniger Interesse haben dürften. — Eine am 28. Mai abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit dem weiteren Verlauf der Bewegung. Von 39 in Betracht kommenden Betrieben haben 6 die Forderungen bewilligt. Die übrigen haben bis auf eine es nicht für notwendig gehalten, zu antworten. In geheimer Abstimmung wurde mit 310 gegen 6 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, beschlossen, in den Streik einzutreten. Das Resultat der Abstimmung wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. In einer am 30. Mai abgehaltenen Versammlung ersetzte Kollege F. Romm Bericht über den Stand des Streiks. Für die Bewegung kommen 39 Betriebe mit zusammen 387 Arbeitern in Frage; 7 Betriebe mit 39 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt. Mit einigen Betrieben sind noch Verhandlungen im Gange, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen dürften. 6 Betriebe mit 19 Arbeitern haben Kündigung, so daß also zurzeit in 26 Betrieben gestreikt wird, in denen 329 Arbeiter beschäftigt sind. Streikende sind gegenwärtig 271 vorhanden und stehengeblieben sind 58, unter den Stehengebliebenen befinden sich 26 Formner und Kernmacher und 32 Hilfsarbeiter. Die bürgerliche Presse treibt auch bei diesem Versuch der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern, wieder ihr bekanntes schmieriges Handwerk. Man geht wohl nicht mehr sehr, wenn man den Inspirator dieser ganzen Preherzeugnisse in den Reihen der Unternehmer sucht. Es muß um die Sache der Unternehmer ziemlich schlecht bestellt sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen, um sich gegenseitig Mut zu machen. Die Streikenden werden sich aber weder durch Drohungen mit „ernsten Komplikationen“, noch dadurch, daß der Wahrschritt so sehr Gewalt angedeutet wird, beeinflussen lassen; sie werden ruhig und gewissenhaft ihre Pflicht tun und so ihrer gerechten Sache zum Siege verhelfen.

Heizungsmonteurs.

Kattowitz, Oberschlesien. Am 8. Mai traten bei zwei hiesigen Firmen die Heizungsmonteurs, Installateure und Helfer in den Streik, um ein Tarifverhältnis herbeizuführen. Beteiligt waren daran 33 Arbeiter, davon Mitglieder des sogenannten „Allgemeinen“ Metallarbeiterverbandes (Wiesenthal) 4. Die übrigen sind Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und ein Teil ist unorganisiert. Organisiert wie unorganisiert hatten einmütig die Ortsverwaltung Kattowitz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit der Durchführung der Bewegung beauftragt. Bis zum 11. Mai standen die Streikenden einmütig zusammen, besetzten die Posten und taten alle erforderlichen Arbeiten. Dann aber ließen sich die Mitglieder des Allgemeinen Verbandes nicht mehr sehen. Das Mittel sollte bald gefaßt werden: Wiesenthal, der große und einzige Streikführer, kam in höchst eigener Person. Am 11. Mai fand dann eine von den Wiesenthälern einberufene Versammlung statt, zu der in markt-schreierischer Weise Kellame gemacht worden war. Aber nur 21 Männchen waren erschienen, darunter aber, mit Ausnahme der vier Wiesenthäler, keine beteiligten Kohlerge und Helfer. Die Streikenden hatten beschlossen, an dieser Veranstaltung nicht teilzunehmen, in der richtigen Erkenntnis, daß dort nur Jersplitzterung getrieben werden sollte. Der Beweis dafür wurde schon am andern Tage erbracht, indem Wiesenthal einen eigenen Vertragsskizzenentwurf den Firmen unterbreitete und bei den Firmen herumkam, um Besprechungen herbeizuführen. Bei der einen Firma ist ihm die Unterredung gewährt worden; es wurde ihm aber in unzulänglichster Weise gesagt, daß man mit ihm nichts zu tun haben wolle. Für jeden, der diese Vorgänge kannte, war es klar, daß den starken Männern Wiesenthal & Co. nun nichts anderes übrig blieb, als zu beschließen: der Streik ist aufgehoben. Ein Streik, den sie nicht beschließen hatten! So ist es denn auch gekommen. Die Kattowitzer Zeitung veröffentlichte folgende Resolution, die in einer vom „Allgemeinen“ Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung gegen eine Stimme angenommen worden war: „Die heute, den 13. Mai 1911, im „Deutschen Hause“ zu Kattowitz tagende Allgemeine Branchenversammlung der Heizungsmonteurs, Installateure (Kohlerge), Hilfsmonteurs und Helfer, welche von der Bezirksleitung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Oberschlesien einberufen ist, nimmt Kenntnis von dem Stande des sogenannten Streiks bei den Firmen (Gerberwetter & Co. und Gähmann & Eimhorn), sowie von dem Stande der Verhandlungen mit den gesamten Heizung- und Installationsfirmen zwecks Schaffung eines einheitlichen Tariffs für die gesamte Branche und erklärt: 1. Der Streik in den beiden Firmen ist nach gewerkschaftlichen Grundsätzen als unrecht erklärt, da der Deutsche Metallarbeiter-Verband in den beiden Firmen nur eine verstoßende Minderheit der Kollegen als Mitglieder hat und diese keine Verhandlungen mit unserm Verbande versucht hatten. 2. Aus vorstehenden Gründen erklären wir diesen Streik für aufgehoben. Die Arbeit wird am Montag den 15. Mai 1911 zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen.“ — Eine an die Redaktion der Kattowitzer Zeitung gerichtete Zuschrift, in der auf die großen Unwahrheiten hingewiesen wurde, ist nicht aufgenommen worden, sondern das Blatt brachte nur folgende kurze Notiz: „Beendeter Streik. Zur gestrigen Notiz unter dieser Spitzmarke entnehmen wir nach einem uns zugewandten Schreiben des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungssitz Kattowitz, daß den Arbeitern eine Lohnzulage von 3 1/2 die Stunde sofort bewilligt wurde und über die Schaffung eines Vertrages für das gesamte Metallgewerbe Verhandlungen eingeleitet werden sollen.“ — Nun ist aber den Wiesenthal & Co. ein Unglück passiert, denn schon bevor ihr Beschluß gefaßt worden war, hatte ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit der einen Firma eine Verständigung erzielt, wonach sämtlichen Arbeitern eine sofortige Lohnerhöhung von 3 1/2 pro Stunde gewährt, eine nachmalige Aufbesserung der Löhne zugesagt wurde und daß in nächster Zeit in Verhandlungen über das zu schaffende Tarifverhältnis eingetreten werden soll. Nachdem den beteiligten Kollegen Bericht erstattet worden war, wurde dieser Vorschlag angenommen und beschlossen, unter diesen Bedingungen am Montag den 15. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Nur dieser Beschluß hat drei Mitglieder des Allgemeinen Vereines davon bewahrt, zu Streikführern zu werden. Mit der zweiten Firma ist unter ähnlichen Bedingungen am Montag den 15. Mai eine Verständigung erzielt und bei ihr am Dienstag den 16. Mai die Arbeit geschlossen aufgenommen worden. Jeder Leser wird sich nun ein Bild machen können über den Fortschritt der Wiesenthäler Resolution und über die darin aufgestellten Behauptungen, vor allen Dingen, daß beschlossen wurde, die Arbeit wird zu den alten Bedingungen aufgenommen. Den jetzt beteiligten gewerkschaftlichen Arbeitern sind die Augen aufgegangen über die Kumpfschneise jener Leute, die angeblich Arbeiterinteressen zu vertreten. Und wenn die Vorgänge dazu führen,

daß sich alle Monteurs, Installateure und Helfer dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, dann können wir den kommenden Verhandlungen mit Zuversicht entgegensehen. Dem Bezirksleiter des „Allgemeinen“ Verbandes ist nun auch schon das Unglück passiert, daß er Artikel, die Streiber dieses für die D. O. L. s. a. c. t. geschrieben hat und die veröffentlicht wurden, in dem Organ des Wiesenthal unter der Rubrik „Aus Oberschlesien“ hat nachdrucken lassen. Man denke: von dem so verhassten Deutschen Metallarbeiter-Verband! Ob dieses auch vollständig nachgedruckt wird? Die Verbotskollegen, soweit sie mit Monteurs, Installateuren und Helfern zusammenkommen, bitten wir, von vorliegendem Notiz zu nehmen und allen anderen Darstellungen nachdrücklich entgegenzutreten.

W. Glabbach. Die Heizungsmonteurs und Helfer der Firma Gebr. Jarimann traten wegen Nichtanerkennung des Tariffs in den Streik. Zugang ist ferngehalten. Auch die Monteurs der Firma Nobis in Rheydt reichen die Kündigung ein.

Klempner.

Silbesheim. Die Klempner und Bergarbeiter der Maschinenfabrik für Vorkereinarbeitungen von Ed. Uhlhorn haben am 27. Mai die Arbeit eingestellt. Zugang ist ferngehalten. Näherer Bericht folgt.

Mainz. Am 29. Januar dieses Jahres beschäftigte sich eine allgemeine Spengler- und Installateurversammlung mit der wirtschaftlichen Lage dieser Arbeitergruppe. Einstimmig wurde beschlossen, den im Jahre 1905 mit der Janung abgeschlossenen Tarif zu kündigen. War auch die Aussicht auf eine gute Konjunktur nicht besonders günstig, so stellte man sich doch allseitig auf den Standpunkt, lieber eine Zeitlang ohne Tarif als unter dem derzeitigen schlechten Tarif zu arbeiten. Wäher Erwarten war bereits im März reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden; deshalb eruchte auch der Janungsvorstand den Gesellenausschuß, die Wünsche der Arbeiter einzureichen. Eine Versammlung, die am 9. März stattfand, stellte einen Vertragsentwurf auf, der vor allen Dingen die Erhöhung der Mindestlöhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit forderte. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, mit der Janung in Verhandlung zu treten. Unter dem Hinweis, der Gesellenausschuß sei der gesetzliche Vertreter der Arbeiter, weigerte sich die Janung, mit dem Verbands zu verhandeln. Die Arbeiter verlangten aber unter allen Umständen die Anerkennung ihrer Organisation. Da die Unternehmer sahen, daß die Arbeiterkraft in diesem Jahre nicht gewillt war, sich ihrem Nachwort zu beugen, änderten sie ihren Standpunkt. In einem Schreiben teilten sie dem Gesellenausschuß mit, daß sie zu Verhandlungen bereit wären und sie stellten anheim, den Organisationsvertreter Thomas dazu einzuladen. Leicht war es nicht, die Herren von der Notwendigkeit der eingehenden Forderungen zu überzeugen. Da aber die Meister wußten, daß die Organisation der Spengler eine gute ist, stellten sie es doch für klüger, nachzugeben. Nach langem Verhandeln kam ein Tarif zustande, der gegenüber den bisherigen Zuständen ganz bedeutende Verbesserungen brachte. Die Mindestlöhne wurden für dieses Jahr um 5 1/2 die Stunde erhöht und sie erhöhen sich in den nächsten beiden Jahren zusammen nochmals um 5 1/2 die Stunde. Bei Inkrafttreten des Tariffs wird eine allgemeine Zulage von 3 1/2 die Stunde gewährt. Im nächsten Jahre erfolgt eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1/2 Stunden auf 9 Stunden pro Tag und eine Umrechnung der Löhne in der Weise, daß bei neunstündiger Arbeitszeit derselbe Verdienst erreicht wird wie vorher. Am 1. April 1913 erfolgt abermals eine allgemeine Lohnzulage von 2 1/2 die Stunde. Ferner enthält der Tarif eine Reihe von sonstigen Verbesserungen: Verkürzung der Arbeitszeit an den Samstagen um eine halbe Stunde, Erhöhung der Montagezulage von 3 M. auf 3,50 M., Regelung der Zulage bei Arbeiten in Vororten z. Der Tarif trat bereits am 1. Mai in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1914. In einer in der vorletzten Woche abgehaltenen Versammlung wurde festgestellt, daß von 21 Meistern, die mit Gesellen arbeiten, 19 mit zusammen 86 Gesellen die neuen tariflichen Bestimmungen in ihren Betrieben eingeführt haben. Nur zwei Meister mit zusammen drei Gesellen halten es nicht für notwendig, die mit der Janung getroffenen Abmachungen zu halten. Es sind dies die Herren J. K. P. erch (in Firma L. Busch jr.), Tritonplatz; J. Weill, Große Weiche 28. Die Arbeiter dieser Werkstätten waren bisher nicht zu bewegen, sich der Organisation anzuschließen, haben deshalb auch keinen Anteil an den Errungenschaften der übrigen Arbeiter. Außerdem bestehen noch bei der Firma P. H. S. Hoffmann n. Differenzen. Mit dieser Bude, die die Spenglerei nur nebenbei betreibt, werden wir uns gelegentlich extra befassen. Die Bewegung hat gezeigt, was eine gute Organisation zu leisten vermag. Mögen sich die Kollegen anderer Branchen am Orte ein Beispiel daran nehmen. Sache der Gehilfen ist es nun, durch strengen Zusammenhalt dafür zu sorgen, daß die getroffenen Abmachungen streng eingehalten werden.

Metallarbeiter.

Erzmet. Die Dreher und Maschinenarbeiter der Pumpenfabrik von Otto Schwabe & Co. haben die Arbeit niedergelegt, die anderen Berufe werden wohl folgen. Die Firma zahlt zu denen, die während der letzten Krisenjahre rücksichtslos die Lohnkürzungen durchgesetzt haben. Jüngere Dreher werden mit einem Stundenlohn von 30 1/2 eingestellt. Alle Vorkesseln der Arbeiter waren vergeblich, Herr Schwabe ließ alle noch so berechtigten Klagen unberücksichtigt. Es wurde ihm gesagt, daß er den jüngeren Drehern doch wenigstens 85 1/2 Stundenlohn zahlen sollte, aber auch diese beschiedene Forderung wurde abgelehnt. Auf Verhandlungen ließ sich die Firma nicht ein, so daß die Arbeitsniederlegung nicht zu umgehen war. Die Firma sucht in auswärtigen Zeitungen und durch Agenten Ersatz für die Ausständigen heranzuziehen. Wir ersuchen, jeden Zugang fernzuhalten.

Pagen-Wetter. Am 1. Juni stellten die organisierten Arbeiter der Firma Ludwig Bannhoff in Wetter a. Ruhr die Arbeit ein, weil sie fortgesetzt überstunden ohne besondere Entschädigung machen wollten. Wer sich weigerte, wurde entlassen. Auf Verhandlungen ließ sich die Firma nicht ein. — Wir ersuchen um Fernhaltung des Zuganges von Drehern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern.

Nordhausen. Bei der Firma Julius Fischer sind die Arbeitsverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig. Gearbeitet wird in diesem Betrieb Tag und Nacht. Die Antreiberei kann gar nicht schimmern beobachtet werden. Selbst ältere Leute kommen nur von 32 1/2 bis zum Höchstlohn von 43 1/2 die Stunde, jüngere Kollegen müssen sich schon mit 22 1/2 zufrieden geben. Auch sind noch verschiedene Mißstände vorhanden. Auch im Betrieb der Schachtau- und Gasselei wird Tag und Nacht gearbeitet. Wenn auch dort die Löhne etwas besser sind, so bestehen doch auch noch Einstellungsfragen von 26 1/2. Den Kollegen wird wohl ein Arbeitsverdienst von 68 1/2 in Nordh. zugesichert, ob aber dieser Verdienst erreicht wird, ist die zweite Frage. Auch in diesem Betrieb bestehen noch verschiedene Mißstände. Diese Firma hat im letzten Jahre 24 Prozent Dividende an ihre Aktionäre gezahlt, gewiß ein nicht zu verachtender Gewinn. Die Verhältnisse in der Nordh. Häuser Maschinenfabrik lassen ebenfalls noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Löhne schwanken dort zwischen 24 und 40 1/2. Auch sonst ist verschiedenes zu bemerken. Bei Gebhardt & S. n. g. sind die Verhältnisse nicht viel besser. Es existieren da noch Löhne von 24 1/2 und diverse Mißstände. Auf der Konstantia wird zurzeit gestreikt. Dieser Kampf dreht sich hauptsächlich um Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir werden über den Kampf in einer der nächsten Nummern berichten. In den kleineren Betrieben ist er selbstverständlich nicht viel besser. Aus dieser kleinen Uebersicht werden die Kollegen schon erkennen, wie es in Nordhausen mit dem Verdienst der Metallarbeiter steht. Den Nordhäuser Kollegen aber rufen wir zu: Schließt euch alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, arbeitet einig zusammen, denn nur dann können die Verhältnisse gebessert werden.

Reinstlingen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Uhrenfabrik von W. Fleig in Reinstlingen

furt sind schon für manchen Arbeiter, der sich nicht vorher erkundigt hatte, von schweren materiellen Nachteilen gewesen. Der Inhaber dieses Betriebes ist in Biel (Schweiz) ansässig, seinen Schwager Dietterle hat er als Geschäftsführer eingesetzt. Die Lohnkürzungen sind so schlecht, daß es einem neuereintretenden Uhrenarbeiter in den ersten Wochen nicht möglich ist, soviel zu verdienen, was er zu seinem Lebensunterhalt braucht. Seitdem Herr Dietterle in Erfahrung gebracht hat, daß sich einige seiner Arbeiter der Organisation angeschlossen haben, ist bei ihm Feuer unterm Dache; würden sich die Arbeiter den in großer Zahl bestehenden Abstimmbereitungen angeschlossen haben, würden sie heute noch lebendig bei ihm sein. An Stellen fehlt es seit dieser Zeit nicht, es wird den Kollegen die Arbeit so verleiht, daß sie gerne den Betrieb verlassen. Mit seinen Machinationen glaubt der Herr, die Organisation ausrotten zu können; er wird sich aber schwer täuschen. Den Uhrenarbeitern allerorts empfehlen wir, diesen Betrieb so lange zu meiden, bis dort bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeführt sind.

Werrheim a. M. Die Firma Gebr. Unger (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik) wollte es nicht mehr zulassen, daß die Lehrlinge Wesper holen. Auch die Wesperpause selbst sollte nur noch eine Viertelstunde dauern, statt wie bis dahin eine halbe Stunde. Das ließen sich die Arbeiter nicht gefallen. Erst nach halbständiger Pause ging jeder wieder an seine Arbeit. Darauf kündigte der Fabrikherr jedem, in 14 Tagen sei Schluß. Dies ließen sich die organisierten Kollegen nicht bieten, sie verlangten ihre Papiere sofort. Auf das Ersuchen des Wertmeisters wurde dann Verhandlung gepflogen. Nach 1 1/2 stündigem Streit wurde die Arbeit wieder aufgenommen, dessen Resultat war: Die Lehrlinge dürfen das Wesper wieder holen. Die Arbeit beginnt früh 6 Uhr, endet abends 6 Uhr, die halbständige Wesperpause bleibt. Organisierte Kollegen bekommen noch pro Stunde 2 1/2 Lohnerhöhung.

Rundschau.

Aus den Abrechnungen der Gewerkschaften.

Verband der	Mitgliederszahl am Schlusse des Jahres		Einnahmen	
	1909	1910	1909	1910
Bauhilfsarbeiter	70951	72208	1247499,—	1281811,—
Buchdrucker	59207	62514	7590871,—	8207881,—
Buchdruckereihilfsarbeiter	14726	15891	117229,—	148676,44
Gastwirtschaftgehilfen	9572	11019	189507,04	183566,92
Holzarbeiter	151827	165042	8484214,—	4608117,28
Schloßgraphen	17505	16729	814808,—	878828,29
Maurer	170888	169645	6884647,—	6095064,—
Schneider	98520	44492	568999,—	687514,—
Stuckateure	7281	8560	156456,35	192299,38
Textilarbeiter	104801	117254	798889,—	1099027,—
Transportarbeiter	96828	152954	775820,20	1137697,97

Gewerkschaftliches.

Bergarbeiter. Die 19. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wurde vom 21. bis zum 26. Mai in Bochum abgehalten. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, die Altersgrenze für die Aufnahmeberechtigung (50 Jahre) wegzulassen und ferner weibliche Mitglieder aufzunehmen, ebenfalls auf Antrag des Vorstandes die Einführung von Staffelleistungen. Es gahlen in Klasse a alle Mitglieder, die pro Schicht im Durchschnitt unter 9 M. verdienen, 30 1/2, in Klasse b die übrigen Mitglieder in den Revieren, wo der Durchschnittslohn sich pro Schicht zwischen 8 und 4 M. bewegt, 40 1/2, in Klasse c die übrigen Mitglieder in den Revieren, wo der Durchschnittslohn über 4 M. beträgt, 50 1/2. Der Vorstand kann in besonderen Fällen Extrabeiträge bis zu 6 M. im Jahr auszeichnen. Die Gesamtergebnisunterstützung wurde erhöht. Sie beträgt in Klasse a 12 M., b 14 M. und c 18 M., für jedes schulpflichtige Kind 1 M. mehr. Die Streikunterstützung beträgt in allen Klassen 1 M. weniger. Ferner wurde auf Antrag des Vorstandes ein sogenannter Aktionsausschuß eingesetzt, der bei besonders wichtigen Entscheidungen einberufen werden soll und besteht: aus 39 Delegierten, die von den Mitgliedern eines jeden Bezirks aus ihrer Mitte zu wählen sind, aus den 30 Bezirksleitern und aus dem Gesamtvorstand (7 Vorgesetzte und 20 Unbesetzte) und den drei Redakteuren. Die Wahlperiode dauert zwei Jahre. Dieser Vorschlag des Vorstandes stieß jedoch bei vielen Delegierten auf großen Widerstand. Der Vorsitzende Ludwig Schröder (einer derjenigen, die 1895 als Opfer des vermeintlichen Gendarmen Mähner ins Zuchthaus gesteckt wurden und deren Unschuld erst in diesem Jahre durch ein Wiederaufnahmeverfahren gerichtlich aufgedeckt wurde), dessen Gesundheit sehr gelitten hat und der auch auf der Generalversammlung erkrankte, wurde mit vollem Gehalt pensioniert. Der zweite Vorsitzende Waldhedecker sprach über den gesetzlichen Bergarbeiterzuschuß. Es wurde eine Resolution angenommen, die ein Reichsbirggesetz fordert. Über die sanitären Zustände auf den Gruben sprach Bokorny.

Blumen- und Blätterarbeiter. Der Verband der Blumen- und Blätterarbeiter und Arbeiterinnen hielt vom 25. bis zum 27. Mai in Berlin seinen vierten Verbandstag ab. Es waren 10 Delegierte anwesend, die 5 Zahlstellen mit 92 Mitgliedern vertraten. Der Verband hatte 39 Lohnbewegungen, die meistens ohne ArbeitsEinstellung erledigt wurden. Von den Beschäftigten ist besonders der hervorzuheben, der sich im Prinzip für eine Verschmelzung mit dem Futmacherverband aussprach. Der Vorstand wurde beauftragt, die weiteren Verhandlungen zu führen. Der nächste Verbandstag soll zu gleicher Zeit mit dem der Futmacher stattfinden, damit dort der Übergang vollzogen werden kann.

Brauerei- und Mälzereiarbeiter. „Wir wachsen; das heißt: unsere Organisation! 60000 Auflage hat unsere Verbands-Zeitung nun erreicht.“ Mit diesen Worten beginnt der Leitartikel in Nr. 23 vom Organ des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Es ist erfreulich, daß immer mehr Gewerkschaften es zu einer achtunggebietenden größeren Mitgliederzahl bringen. Die Auflage des Verbandsorgans betrug am Ende des Jahres 1892 für die Brauereiarbeiter allein 8000 Exemplare und stieg bis zum Ende des Jahres 1909 bis zu 44800. Am 1. Oktober 1910 erfolgte die Verschmelzung mit dem Verbands der Mälzereiarbeiter, wodurch die Auflage von 44800 auf 49000 stieg. In dem erwähnten Leitartikel der Verbands-Zeitung werden ferner summarische Übersichten über Leistungen und Erfolge der Organisation gegeben. Diese erscheinen um so beachtenswerter, als auch namentlich die Brauereiarbeiter nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern auch gegen gegnerische Arbeiterorganisationen zu kämpfen haben.

Buchdrucker. Der Verband der Deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer hielt vom 15. bis zum 30. Mai in Hannover seine stehende Generalversammlung ab. Bei der Diskussion über den Bericht des Vorstandes wurde die Stellungnahme zur Eröffnung eines graphischen Induktiververbandes als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt. Der zweite Vorsitzende Grafmann begründete die ablehnende Haltung des Verbandsvorstandes. An der Debatte beteiligten sich Roth vom Buchbinderverband und Frau Ehle vom Hilfsarbeiterverband. Der Vorstand wurde beauftragt, Material zu einer zeitgemäßen Umarbeitung des Unterstufungslehrens zu sammeln und der nächsten Generalversammlung eine Vorlage darüber zu machen. In geschlossener Sitzung behandelte man sodann die Besprechung der allgemeinen und der tariflichen Lage und die Stellungnahme zu den Vorschlägen auf ein größeres Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei Abschluß des Tariffs. In der Debatte wandten sich verschiedene Redner dagegen, daß der den „Christlichen“ angeführte „Gartenbergbund“ beim letzten Tarifabschluß als gleichberechtigt mit dem Verbands behandelt worden ist. Nach langer Diskussion wurde

eine Resolution angenommen, wonach das Minimum des gewissen Geldes und die Preise beim Berechnen erhöht, die tägliche Arbeitszeit verkürzt, das Überstundenwesen eingeschränkt, die Bestrafungskata entsprechend der Prozentzahl der Arbeitslosen geändert und die Arbeitsnachweise zweckmäßiger ausgestaltet werden sollen.

Bei der Statutenberatung wurden die Anträge, wonach Mitglieder, die sich selbständig machen und der Prinzipalorganisation beitreten, nicht mehr im Verbande bleiben können, abgelehnt, dagegen ein Antrag auf Einsetzung einer Beschwerde- und Präventionskommission, Anträge, das Vermögen des Verbandes in Genossenschaften anzulegen, flossen beim Vorstand auf Widerspruch; nach lebhafter Diskussion kam aber eine Einigung zustande, wonach das bisher festgelegte Geld bleibt, wo es ist, der Vorstand jedoch wegen künftiger angulegender Gelder mit der Großkapitalgesellschaft der Konsumvereine in Verbindung treten soll.

Überprüfbarverordnung gegen Streikposten.

Als die Metallarbeiter der Sprengstoff-Mittelschicht in Meinsdorf streikten, waren Streikposten ausgestellt worden. Diese bewegten sich auf dem an der Fabrik vorbeiführenden Wege in einer Entfernung von etwa 200 Metern. Unter dem bekannten Vorwand: „Schutz der Arbeitssicherheit“ waren Gendarmen aufgestellt worden, die die Streikposten, sobald sie sie als solche erkannt hatten, aus der Gegend forttrieben. Diese gingen nicht ohne weiteres, da sie sich bei Ausübung ihres Koalitionsrechts im guten Rechte glaubten. Die Streikposten (Klingler und Genossen) erhielten darauf Anklagen wegen Übertretung der vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen erlassenen Verordnung vom 26. April 1907, wonach den „zur Erhaltung der Ordnung, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Wegen ergehenden Anordnungen der Sicherheitsorgane unbedingt Folge zu leisten“ ist. Die Angeklagten machten geltend, daß es sich hier lediglich um ein Vergehen im Interesse der Dynamitfabrik, nicht aber um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und des Verkehrs handle. Der Verkehr sei nicht im geringsten beeinträchtigt gewesen. Die Gendarmen hätten die Streikposten auch nur weggejagt, weil es der Landrat und andere Vorgesetzte befohlen. Die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten wäre auch ungültig. Sie widerspreche der Verfassung und der Gewerbeordnung sowie dem dadurch gewährleisteten Koalitionsrecht.

Die Strafkammer in Torgau, als Berufungsinstanz, verurteilte aber die Angeklagten mit folgender Begründung: Die Verordnung sei gültig. Der Einwand der Angeklagten, daß die Gendarmen dem Befehl gehorcht hätten, die Streikposten wegzujagen, sei unbeachtlich in diesem Falle. Allerdings würde die bloße Befolgung eines solchen Befehls durch die Beamten keine Anordnung darstellen, die sie zur Erhaltung der Sicherheit des Verkehrs erlassen hätten. In solchen Fällen würde die Anordnung auch nicht zu befolgen sein. Selbst wenn aber hier ein Befehl der vorgesetzten Behörde zum Wegjagen von Streikposten vorgelegen hätte, würde das den Angeklagten nicht zugute kommen, denn vorliegend sei festgestellt, daß die Gendarmen nicht bloß einem solchen Befehl gefolgt seien, sondern aus der eigenen Erwägung heraus, daß es bei Durchführung der Streikposten zu Störungen der Sicherheit des Verkehrs kommen würde, gehandelt hätten. Da die eigene Entschließung der Exekutivorgane somit maßgebend sei, so sei der Einwand der Angeklagten hinsichtlich des Befehls der vorgesetzten Behörde belanglos. Die Anordnung der Gendarmen hätte befolgt werden müssen. Das Kammergericht verwarf die von den Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision, weil festgestellt sei, daß die Gendarmen aus eigener Entschließung heraus die Anordnung zur Erhaltung der Sicherheit des Verkehrs hätten ergehen lassen. Sie hätte befolgt werden müssen.

Vom Ausland.

Schweiz.

Der Industrieverband der schweizerischen Uhrenarbeiter.

Langsam weicht die Nacht aus den Tälern“ und daraus geht es so verzweifelt langsam mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz vorwärts und finden die sozialen Ideen in dem hervorragend individualistisch veranlagten schweizerischen Arbeiter nur sehr allmählich Eingang. Ein sehr drastisches Beispiel dafür bietet auch die schweizerische Uhrenarbeiterbewegung. Kofferte es schon einmal viel Arbeit und Mühe, Gewerkschaften zu gründen und Mitglieder zu werben, so war es eine weitere schwierige Aufgabe, die lokalen Organisationen zu verbinden zusammenzuschließen und nun erst recht, die Verbände zu einem Industrieverband zu vereinen.

Der Gedanke des Industrieverbandes der Uhrenarbeiter ist schon alt und vor sechs Jahren bereits ernsthaft diskutiert worden. Der in Biel domicillierte Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretariats, Genosse Ryser, gab in seinem Berichte für 1908 schon der Hoffnung Ausdruck, daß im Jahre 1909 der Industrieverband zustande kommen werde. Er schrieb darüber: „Die Zusammenfassung zu größeren Verbänden macht Fortschritte. Die Verbandmacher schreien sich den Schalemanachen, die Federmacher den Uhrmachern an und die Idee von der Bildung eines Industrieverbandes findet immer mehr Anklang. Auf die Verbreitung dieser Idee habe ich meine ganze Kraft konzentriert. Gegenwärtig sind nur noch wenige Orte, die ich noch nicht besucht habe; es wird aber in nächster Zeit geschehen und ich hoffe, daß ich in meinem nächsten Bericht die Federmacher industrieller als definitiv konstituiert werden verzeichnen kann.“

Diese Hoffnung ging aber nicht in Erfüllung und in seinem Jahresberichte pro 1909 schreibt er mit Bedauern: „Die Idee gedeiht zwar langsam, aber ein gewisser Kampfesgeist und Egoismus stehen ihr entgegen. Insbesondere war zu erwarten zahlreicher Beiträge in fast allen Ortschaften. Es wurde ein Etat ausgearbeitet, das zwei Kongresse zur Diskussion vorgelegt und von diesen ohne wesentliche Diskussion angenommen worden ist; gegenwärtig wird es in den Generalversammlungen der einzelnen Organisationsbereiche besprochen. Nach dem früheren Vortrage machte sich kein einziger Gruppierungsdiskussion geltend, während diese heute mehr jedwede Fragen aufwirft, wie zum Beispiel die Frage der Aussetzung flüchtiger Sekretäre und die der Schöpfung der wöchentlichen Beiträge auf 50 Cts. mit zwei Klassen, deren zweite nur die Hälfte zu bezahlen hätte. In einer Sitzung im Monat Dezember haben die Zentralkomitees, an letzter Stelle zu erledigen, beschließen, den Beitrag auf 40 Cts. pro Woche anzusetzen und die Abrechnung darüber auf den Monat Mai 1910 zu verlegen. Auf jene Zeit werden wir also (so hoffen wir wenigstens) die Meinung der Arbeiter in bezug auf die Vereinigung ihrer Kräfte erfahren. Wenn bis jetzt in jeder Debatte etwas Kampfesgeist und Egoismus sich zeigen, so ist zu bezweifeln, daß eben die Straße dabei eine Rolle spielt.“

Im Jahre 1910 fand über die Frage der Schöpfung eines Industrieverbandes in den Bundesverbänden eine Urabstimmung statt, in der sich die Mehrheit dafür erklärte. Ein Verband aber lehnte die Bestimmung ab und dieser Umstand bewirkte, daß der ganze Beschluß über den Industrieverband vorläufig mangelsgeführt blieb. Noch einem weiteren Jahre der Agitation und Organisation ist jetzt nur noch das Ziel erreicht. Am 7. Mai 1911 fand ein Kongreß von circa 100 Delegierten sämtlicher Verbände statt und mit Ausnahme eines einzigen Anwesenden sämtliche der Gründung des Industrieverbandes zu, der also eigentlich einstimmig beschlossen wurde. Am 1. Januar 1912 soll er ins Leben treten. Über die weiteren Verhandlungen des Kongresses entnehmen wir einem beglückten Bericht: „Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, wurden noch die nötigen Vorarbeiten besprochen und entsprechende Beschlüsse gefaßt, damit die Vorarbeiten durchgeführt werden können. Das Zentralkomitee des neuen Verbandes hat seinen Sitz in Chaux-de-Fonds, die von dem Organisationsrat in Chaux-de-Fonds gewählt werden. Außerdem waren laut Etat fünf Ortschaften zu bezeichnen, die je ein Mitglied in das Zentralkomitee zu wählen haben. Beschlüsse wurden hierzu vom Kongreß in Lausanne, Biel, Grenchen und Bernat. Des Beschlusses der Generalversammlung geht an den Industrieverband über. Die Genossen Graber, Sekretär der Generalunion, Wyhler, Sekretär des Uhrenarbeiterverbandes, Grossier, Sekretär des Schalemanacherverbandes, wurden als Sekretäre des neuen Industrieverbandes gewählt. Das Zentralkomitee muß auf 1. Juli gewählt sein, damit die Vereinigung zum Industrieverband auf 1. Januar ohne Störung durchgeführt werden kann. Im Statut des Industrieverbandes sind 40 Cts. vorgesehen, je von 40 Cts. vorgezogen. Bisher waren in allen Uhrenarbeiterverbänden Monatsbeiträge üblich. Die ganze Organisation des Industrieverbandes ist dem Metallarbeiterverband nachgebildet, dessen Statut und Einrichtungen als Muster dienen. Der Kongreß beschloß gleichzeitig den Beitritt der neuen Uhrenarbeiterorganisation zum Internationalen Metallarbeiter-Bund.“

Leider bleibt auch jetzt noch ein Verband bis auf weiteres dem Industrieverband fern, und zwar aus rein egoistischen Gründen, nämlich der Verband der Graveure, der mit seinen 700 Mitgliedern ausnahmslos sämtliche Berufsgenossen umfaßt und der sich dem Industrieverbande deshalb nicht anschließen will, weil er sich von seinem Vermögen von 70000 Fr. nicht zu trennen vermag. Und was bedeutet dieses Vermögen, wenn ein großer und andauernder Kampf ausbricht, wie er in der Uhrenindustrie schon dagewesen ist oder ausbrechen droht, wie erst im vorigen Jahre, wo 30000 Uhrenarbeiter ausgespart werden sollten und der Plan nur an der Uneinigkeit der Fabrikanten im letzten Augenblicke scheiterte, so daß es bei einer nur partiellen Aussperrung verblieb. Unter solchen Umständen ist zu erwarten, daß sich auch die Graveure nach kurzem Draußenstehen dem Industrieverband anschließen und so den Ring der gewerkschaftlichen Organisation der gesamten Uhrenarbeiter mit schließen helfen werden.

Der neue Industrieverband der Uhrenarbeiter wurde auch im Hinblick auf die Unternehmung im Zeichen des Kampfes geboren, denn der Kongreß hatte sich auch mit dem Recht des Koalitionsrechtes der Arbeiter in der Grenchener Uhrenindustrie zu beschäftigen. In letzter Zeit machte sich in Grenchen unter den Schaubeschneidern (Arbeiter, die mit der Herstellung der Hochbestandteile des Uhrwerkes beschäftigt sind) das Bedürfnis nach Organisation geltend. Die Herren Fabrikanten wollten diese Organisation verhindern. Durch Anschlag in den Fabriken verboten sie den Arbeitern bei Strafe der Entlassung, der Organisation beizutreten. Einzeln und in Gruppen wurden sie auf die Bureauz gerufen und zur Unterzeichnung eines Verweises gezwungen. Zu diesem Gewaltstreik der Fabrikanten hatte der Kongreß Stellung zu nehmen. In einer Resolution protestierte er gegen dieses gewalttätige Vorgehen, das den Arbeitern unter Strafe des Verhungerns die Ausübung des gesetzlich gewährten Vereinsrechtes unmöglich machen will. An der Spitze der Fabrikanten steht Adolf Urdel, eig. Oberst, dessen Fabrik vom Metallarbeiterverband für Mechaniker schon lange gesperrt ist, weil er auch die Mechaniker von der Organisation fernhalten wollte, und, als ihm das nicht gelang, sie auspernte. Seit der Verhängung der Sperre ist es ihm nicht gelungen, einen einzigen Mechaniker zu engagieren. Da die gesamte Organisation der Uhrenarbeiter sich der Sache annimmt, wird den Schaubeschneidern wohl der Rat, dem Befehl der Herren zu trotzen, wachsen und das Vorgehen der Fabrikanten aufzuhalten machen.

Nachschrift. In der Grenchener Uhrenindustrie ist es schon zum offenen Kampfe gekommen. Die Unternehmer hatten zur Bekämpfung der Organisation eine Karte drucken lassen, auf der sich die Arbeiter unterschreiben verpflichten sollten, keiner Organisation anzugehören, im Falle einer Aussperrung würde ihnen dafür die Gnade und Unterstützung der Unternehmer zugesichert. Das Schlußwort dem Satz den Boden aus. In Grenchen ließen sie sich in den Uhrenarbeiterverband aufnehmen. Die Fabrikanten verfolgten aber straffellos ihr Ziel weiter. Sie kündigten circa 70 Arbeitern, die als Organisierte verdächtigt waren. Das vermehrte den Organisationsseifer nur. Die Arbeiter (circa 400) von zwei Fabriken (Schiff und Michel) stellten darauf die Arbeit ein, da alle Vermittlungsversuche an dem Starrsinn der Unternehmer scheiterten. Es ist dringend zu wünschen, daß die friedl. provokierten und mißhandelten Arbeiter fest bleiben, denn es hängt davon die Lösung der sehr wichtigen Frage ab, ob die Uhrenarbeiter in dem bedeutenden Grenchener Industriegebiet in Zukunft freie Arbeiter oder rechtlose Sklaven und so für die Organisation gewonnen oder verloren sein sollen. Diese Vorgänge zeigen zugleich, wie notwendig die starke und leistungsfähige Organisation des Industrieverbandes auch für die Uhrenarbeiter ist. Auf den weiteren Verlauf und Ausgang dieses Kampfes darf man gespannt sein.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Tatliche Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. Preis 75 Cts. Vereinsausgabe 25 Cts. In seiner Vorrede schreibt Genosse Kautsky über die Entstehung der selben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienenen Schrift: „Ende Februar dieses Jahres besuchte eine Delegation belgischer Gewerkschafter Berlin, um Gewerkschaften und Sozialdemokratie Deutschlands zu studieren. Unter anderem forderten sie mich auf, ihnen einen Vortrag über die tatsächlichen Strömungen in unserer Partei zu halten. Ich arbeitete einen solchen aus, den ich jetzt auch deutschen Lesern vorlege, da verschiedene Genossen meinen, meine kurze Zusammenfassung, obwohl für Ausländer bestimmt, könne auch für manche deutschen Arbeiter von Interesse sein. Ich habe mich bemüht, so unparteiisch zu berichten als es für jemand möglich ist, der in allen den tatsächlichen Differenzen, die er beschreiben, lebhaft und entschieden Partei ergreift hat. Es handelte sich hier nicht darum, zur Ausbuchtung dieser Differenzen beizutragen, die aber doch meist schon überwunden sind, sondern sie Genossen verständlich zu machen, die an ihnen nicht beteiligt waren. Gerade jetzt, vor einem so entscheidenden Wahlkampf, empfinden wir alle auf das mächtigste das Bedürfnis nach innerer Geschlossenheit. Aus diesem Bedürfnis ist auch vorliegende Broschüre geboren.“ — Zur Organisierung geben wir folgende Titelüberschriften: 1. Zaffalleaner — Eisenach. — 2. Die Politik der deutschen Sozialdemokratie. — 3. Verträge, unsere Politik zu ändern. — 4. Partei und Gewerkschaft. — 5. Die Generalversammlung. b) Lokalfest und Zentralfest. c) Die gewerkschaftliche Neutralität. d) Arbeiter und Massenstreik. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen.

Die Schenkung der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Von Heinrich Kaufmann, Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Zweite Auflage. Hamburg 1911. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. 112 Seiten.

Kampf und Proletariat. Von Clara Zetkin. Vortrag gehalten am ersten Kongreß des Bildungsausschusses der Stuttgarter Arbeiter-Schaft. Dieser Titel trägt eine neu zusammengew. 16 Seiten starke und schon ausgetragene Broschüre, die durch F. H. R. Dieck Nachf., G. m. b. H. (Reichshaus-Verlag) in Stuttgart zum Preis von 15 Cts bezogen werden kann. Bestellungen vermitteln alle Parteigeschäfte.

Die Zeit, literarische Zeitung für das deutsche Volk (Herausgeber Theodor Egel und Georg Kaiser; Verlag die Zeit in München), ist auf der letzten Tagung der deutschen Gewerkschaften zu Bremen zum Bundesorgan der Gewerkschaften gewählt worden. Beso wird die Zeit vom 1. Juli an auch Verbandsorgan des Südbayerischen Volksbildungsverbandes.

Einmaliges Bild und Merkmal für Photographierende. Mit zahlreichen Tabellen und Angaben, sowie einem ausführlichen Negativrezept und Rechenleber. Taschenrechner. Verlag von Gustav Schmidt, Berlin W. 10. — 64 Seiten nebst Nachblätter. Preis in Leinen gebunden 1 M. — Dieses Büchlein ist nicht für Anfänger in der Schülerei bestimmt, sondern es soll hauptsächlich dem Vorkurschritten dienen. Für diesen enthält es manche nützliche Tabelle und viele Rechenbeispiele, hauptsächlich wenn es sich um Dinge handelt, die nicht alle Leute vorfinden. Deswegen verdient das Büchlein empfohlen zu werden.

Die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. Unter diesem Titel hat der Verband der Fabrikarbeiter eine Schrift herausgegeben, die auf weitestgehende Beachtung Anspruch machen darf. Der Verfasser (G. Schneider, Redakteur des Proletariats) schildert in der Schrift an Hand überreichen Materials die Unfall- und Erkrankungsgefahren in der chemischen Industrie. Zahlreiche graphische Darstellungen, Tabellen und Diagramme erläutern die Zahlen im Text. Die Abbildungen verletzter und erkrankter Personen legen von der ungeheuerlichen Verwüstung von Menschenleben und Menschengesundheit in der chemischen Industrie Zeugnis ab. Die Anschaffung dieser Schrift kann allen, die sich mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen, nur empfohlen werden. Der Preis der Schrift ist 3 M für das kartonnierte und 4 M für das gebundene Exemplar. Den Bezug vermittelt die Volksbuchhandlung in Hannover.

Wie erlange ich den Meistertitel im Handwerk? Zeitfaden zur Vorbereitung auf die theoretische Meisterprüfung. Auf Grund der neuesten gesetzlichen Vorschriften bearbeitet von Syndikus Dr. R. Pape, Gumbinnen. Verlag der D. P. Preussischen Handwerks-Zeitung, Gumbinnen. 2. Auflage. 1911. Preis bei freier Zusendung 1 M.

Der gewerbliche Tarifvertrag, seine Bedeutung für die Gewerkschaften. Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Hamburg 1911. Verlag von Fr. Schrader, Hamburg, Waisenbinderhof 57. 39 Seiten.

Konsum-, Bau- u. Sparverein „Produktion“ in Hamburg, e. V. m. b. H. Geschäftsbericht für das zwölftjährige Geschäftsjahr 1910. 80 Seiten.

Wie macht man sein Testament loslos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenfeitigen Testaments unter Eheleuten gemeinsam dargelegt, erläutert und mit Musterbeispielen versehen von Richard Burgemeister. Verlag von L. Schwarz & Co., Gesehverlag. Berlin S., Dresdenerstraße 80.

Die Montage und Reparatur der Dampfessel. Von Oberingenieur Paul Koch. (Bibliothek der gewis. Technik, Band 153.) Mit 167 Abbildungen im Text. Preis in Ganzleinen gebunden 2 M. Hannover 1911, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung. — Dieser neue Band der reichhaltigen Bibliothek der gesamten Technik will Monteur, Konstrukteure, Betriebsbeamten u. ein handliches Taschenbuch sein, worin die Montage und Reparatur der Dampfessel sowie die dazu benötigten Vorrichtungen und erforderlichen Werkzeuge in leichtverständlicher Weise zur Darstellung gebracht sind. Den Text erläutern gut-gelungene Abbildungen, wodurch das Buch sehr an Anschaulichkeit gewinnt. Es ist vorzüglich ausgestattet und wir können seine Anschaffung nur empfehlen.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
- (In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)
- Samstag, 17. Juni:**
 Darmstadt. Gewerkschaftshaus, 9 Uhr.
 Gießen. Stadt Altona, halb 9 Uhr.
 Kitzingen u. Tsch. Kofe, 8 1/2 Uhr.
 Kitzingen. Kitz., zur Laube, halb 9 Uhr.
 Oßersleben. Schöndorfer, halb 9 Uhr.
- Sonntag, 18. Juni:**
 Gelnhausen (Heizungsmonteur). Zentralherberge, 11 Uhr.
 Oberhausen (Rheinl.). Willemsen, Ecke Grenz- u. Friedenstraße, 7 Uhr.
- Dienstag, 20. Juni:**
 Neu-Ruppin. Kraftmann, halb 9 Uhr.
- Mittwoch, 21. Juni:**
 Gagen i. B. (Klemp.) Schlüssel, 1/9 Uhr.
 Soden. Gohmann, 9 Uhr. Herford.
 Warendorfer. Reichel, Schöffer, 8 Uhr.
 Wismar. Arbeiterheim, 9 Uhr.
- Freitag, 23. Juni:**
 Neumünster. Herberge, halb 9 Uhr.
- Samstag, 24. Juni:**
 Ahlen (Westf.). Sandgathe, 1/9 Uhr.
 Albstadt. Dörner, Hofmann, 8 1/2 Uhr.
 Hoda. Vorwärts, halb 9 Uhr.
 Badmen-Eberfeld (Heizungsmont.). H. Helfert, Volkshaus, Eberfeld, 1/9 Uhr.
 Bitterfeld. Hohenpollern, halb 9 Uhr.
 Bonn a. Rh. Volkshaus, 9 Uhr.
 Bremen (Westf.). Gewerkschaftshaus, 9 Uhr.
 Eberfeld u. Ung. Neuen, 9 Uhr.
 Eisenach (Formen- und Gießerarbeiten). Vorelen, halb 9 Uhr.
 Freiberg i. S. Union, halb 9 Uhr.
 Gelsenkirchen-Üdendorf u. Ung. Giermann, Dittlensstraße, 8 Uhr.
 Gelnhausen i. S. Deutscher Kaiser, 1/9 Uhr.
 Herford (Mader). Zander, halb 9 Uhr.
 Sippach. Bölenkamp, halb 9 Uhr.
 Löbe. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
 Merseburg-Kaiser-Wilhelmshalle, 1/9 Uhr.
 Minden i. W. Kolloffum, 7 Uhr.
 Offenbach. Zum Schützen, 8 Uhr.
 Osnabrück-Welle. Zur Quelle, halb 9 Uhr.
 Pöschel i. Thür. Kaiserhof, 8 Uhr.
 Stahlfeld. Wäcker Hof, halb 9 Uhr.
 Stendal-Langesthütte. Holz, 1/9 Uhr.
 Tübingen. Zug, Langegasse, 8 Uhr.
 Wallehausen-Friedrichroda. Junke in Friedrichroda, halb 9 Uhr.

- Bestorben.**
- Chemnitz.** Fritz Rothnagel, Schlosser, 62 Jahre, Lungenerkrankung. — Arthur Gartig, Schlosser, 28 Jahre, freiwilliger Tod. — Julius Dietz, Schlosser, 60 Jahre, Herzschlag. — Alfred Schubert, Schlosser, 21 Jahre, Lungenerkrankung. — Ernst Willi Schleiter, Dreher, 23 Jahre, Herz- und Leberleiden. — Romald Kroh, Metallarbeiter, 28 Jahre, Unfall. — Franz Max Macziewitz, Metallarbeiter, 53 Jahre, Herzleiden. — Friedrich Bogel, Metallarbeiter, 40 Jahre, Mierentransfekt. — Max Karl Wite, Dreher, 17 Jahre, Lungenerkrankung. — Bruno Winkler, Dreher, 31 Jahre, Unfall. — Oskar Münch, Formner, 55 Jahre, Überleiden.
- Leipzig.** Robert Paul, Formner, 51 Jahre, Fadenplättchenleiden. — Willi Hausner, Schlosser, 27 Jahre, Sypnenarunfel. — Oskar Kühn, Maschinenbauer, 32 Jahre, Gehirnleiden. — Hermann Schimpf, Schlosser, 61 Jahre, Gehirnleiden. — August Richter, Metallarbeiter, 61 Jahre, Gallenleiden. — Magnus Förster, Schlosser, 59 Jahre, Lungenleiden. — Carl Bohlharth, 64 J., Schlaganfall.
- Beckers.** Karl Mallon, Stemmer, 46 Jahre, Lungenerkrankung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.